



neue fruktifiziert wird und den die Gegner der Tarifgemeinschaft mit wahren türkischem Fatalismus als unabänderlich glauben über sich ergehen lassen zu müssen, besteht in der Behauptung: durch die Tarifinstitutionen sind wir völlig lahmgelagert, die Organisation als solche hat aufgehört, ein Wort mitreden zu können in Tarifangelegenheiten, wir sind zur Unthätigkeit verdammt, die einzigen, die noch in Tarifangelegenheiten einen Ton zu reden haben, sind Bürgenstein und Giesede — und die thun nichts. So oft und so eindringlich sowohl auf der Generalversammlung wie auch an dieser Stelle eine solche Auffassung als unbedeutend zurückgewiesen wurde, eben so oft lehrt diese Meinung wieder und sie hat einen nicht geringen Teil unserer Mitglieder beeinflusst und ist auch im allgemeinen hinderlich geworden für ein Vorgehen unserer Mitglieder zu Gunsten des neuen Tarifs. Mit dieser Unthätigkeit muß gebrochen werden. Es darf nicht immer bloß mit einer — zugeständenermaßen — weniger angenehmen Zugabe zu dem materiellen Teil des Tarifs Stimmung zu machen versucht werden, es muß auch ganz entschieden darauf verwiesen werden, daß im Tarif auch Dinge enthalten sind, welche bei energischer Inangriffnahme von Seiten der Kollegen eine Verbesserung des wirtschaftlichen Loses derselben bedeuten.

Tausende unserer Mitglieder arbeiten gegenwärtig noch zu Bedingungen, wie sie den Bestimmungen des Tarifs in bezug auf Arbeitszeit und Lohn nicht entsprechen. Wenn die Gehilfenvertreter seiner Zeit den nun einmal bestehenden Verhältnissen Rechnung trugen und unter wesentlich günstigeren Vorbedingungen das Erreichbare glaubten für die Allgemeinheit auch in der Praxis durchsetzen zu können, so lebte stets der Gedanke in ihnen, daß die Kollegenschaft auch diese Stellungnahme begreifen und die scheinbaren Schwierigkeiten durch eine höhere Thätigkeit wett zu machen bestrebt sein würde. Zum Teil ist ja diese Voraussetzung nicht eingetroffen, aus Gründen, die wir hier nicht zu wiederholen brauchen. Kann es aber im Interesse unser selbst liegen, außer einer Opposition um jeden Preis weiter nichts an praktischer Arbeit zu leisten? Gewiß nicht. Warum haben sich so viele Kollegen aus dem Vereinsleben zurückgezogen? Warum spricht man von den Buchdrucker- und Verleger-Tagungen nur per Indianerkongreß? Weil die fleißige Arbeit als reaktionäre Thätigkeit signiert ist, weil in den von der Generalversammlung bestimmten Aufgaben das Merkmal des Verrats an der Kollegenschaft erblickt wird, weil es an dem einheitlichen guten Willen fehlt, über persönliche oder sachliche Meinungsverschiedenheiten hinaus die Interessen der Organisation energisch wahrzunehmen. Dieser Vann, der alle Keime gemeinsamer fruchtbringender Thätigkeit erstickt, muß endlich, und zwar entschieden und für immer, gebrochen werden. Die unauflösbare Thatsache, daß segensreich die Organisation auch in der Gegenwart und Zukunft wirken kann, muß in das hellste Licht der Beweiskraft gerückt werden. Der tarifliche Rechtsboden muß die unverrückbare Grundlage für ein geschlossenes und wirklich zielbewusstes Vorgehen sein, auf welchem allerorts in Deutschland die Kollegenschaft suchen kann, sie muß ihre heiligste Aufgabe darin erblicken, die Verbesserungen des neuen Tarifs der Gesamtheit zugänglich zu machen.

Verzweiflungsvoll kämpft die Arbeiterschaft um die Erhaltung ihrer bisherigen wirtschaftlichen Existenz, verzweiflungsvoll einen Kampf in seinem letzten Stadium. So haben die verhältnismäßig gut organisierten Metallarbeiter im Jahr 1895 84 Streiks unternommen, von denen 22 durch Lohnreduzierung veranlaßt waren. Erinnern wir uns heute der beiden seiner Zeit fast zu gleicher Zeit tobenden riesigen Kämpfe zweier mächtiger, gut disziplinierter Heerhaufen: der deutschen Buchdrucker und der Bergarbeiter im Saarrevier. Die letzteren gingen in ihrem Kampfe mit dem Unternehmertume vollständig unter, zu Boden geschmettert, in

allen Gauen „abgelegt“, ins entsetzliche Elend hinabgestoßen, sind auf Jahrzehnte hinaus alle Früchte jahrelanger Arbeit unter den Trümmern ihrer Niederlage begraben worden. Ihre Organisation wurde dergestalt vernichtet, als habe nie vorher eine solche bestanden. Unsere starke Organisation hat nicht nur ihren Niesenkampf ohne tiefgehende Erschütterungen überdauert, sie hat auch den heutigen die Buchdruckerarbeiter voll und ganz treffenden wirtschaftlichen Zerfall noch bis zu einem gewissen Grade zu paralisieren, sie hat unsere Arbeitslosen vor den „humanen“ Versorgungsanstalten des Klassenstaates, den Armen- und Arbeitshäusern zu bewahren vermocht, sie hat die Existenz von Tausenden noch auf einer Höhe erhalten, die, weit entfernt eine menschenwürdige genannt zu werden, doch das Herunterfallen in ein Elend verhindert hat, bei dem der letzte Gedanke, der lebt: Funke des vorwärts strebenden Geistes erlöschen und die Nacht des menschlichen Verlorenseins sich über das denkende und fühlende Wesen breiten muß, wo, an der Grenze des zu Ertragenden angelangt, die Kraft verzagt, der Mut zum Leben und Werten versiegt, wo unbarmherzig der geistige und physische Mensch aus dem Bunde des schaffenden und kämpfenden Volkes gestrichen wird. — Soll nun uns die ökonomische Entwicklung gar nichts lehren? — Soll denn der Machtkel, den wir jahrelang uns angeeignet haben, und der berechtigt wäre, wenn alle Kollegen mit einem Schlage die Arbeit ruhen ließen, auch für die Zukunft als wesentliches Gemeinwohl unserer Arbeit gelten? „Wenn dein starker Arm es will, stehen alle Mäder still“, ist ja sehr schön gesagt — aber haben wir unter bedeutend günstigeren Verhältnissen als heute (1891/92) nicht schon die Probe auf's Exempel gemacht? Sind wir blind für die Vorgänge um uns? Sind sie nicht eine ernste Mahnung für das Erreichbare zunächst zu wirken?

Nicht die urplötzlichen großen, dramatischen Epochen der Weltgeschichte waren die Träger des Fortschrittes und der Kultur, lange vor diesen kulturgeschichtlichen Explosionen war es die stille, emsige Thätigkeit des Volkes, waren es die dem Auge nicht erkennbaren wirtschaftlichen Veränderungen, welche plastisch in den denkwürdigen Vorgängen der Weltgeschichte zum Ausdruck kamen. Ist es heute anders? Ist es nicht notwendig, daß gerade die kleine, auf den ersten Augenblick unscheinbare Arbeit gethan werden muß, um zu höheren Zielen zu gelangen? Müssen nicht auch wir auf dem Gebiete, das uns zur Bearbeitung angewiesen ist, unsere Pflicht thun, müssen nicht auch wir, zu Tausenden zusammenstehend, ein nächst erreichbares Ziel im Auge behalten, um von da aus, einmal festen Fuß gefaßt, weiter vorwärts schreiten zu können?

Wenn von uns verlangt wird, die Prinzipale sollen unsere materiellen Forderungen bewilligen und jeden Augenblick sich gefaßt machen, bei den Arbeitern günstigen Gelegenheiten diese materiellen Leistungen noch erhöhen zu müssen, wenn wir die Prinzipale ohne Gewähr lassen, daß sie auf eine längere Frist vor solchen Forderungen verschont bleiben können, dann ist es doch außer allem Zweifel, daß die Arbeitgeber den mit den zukünftigen höheren Forderungen verbundenen unaussprechlichen Kampf nicht dann von der Hand weisen werden, wo er für sie unter den günstigsten Verhältnissen aufgenommen werden kann und von vornherein eine Entscheidung herbeizuführen trachten werden, welche diese Frage für absehbare Zeit nach der einen oder nach der andern Seite definitiv erledigt. Sollen wir bloß Forderungen aufstellen, die auf dem Papiere bleiben, und soll dieses Parade- und dann in allen Versammlungen vorzuführen unsere Thätigkeit involvieren? Oder soll, um einige Maulhelden zu befriedigen, der Kampf bloß um des Kampfes willen gewählt werden? Lohnsätze usw. haben nur dann Aussicht, sich zu verallgemeinern, wenn sie durch Festlegung auf eine bestimmte Zeit die Gewähr für eine ungestörte Ein- und Durch-

führung bieten, und zwar durch Vereinbarung mit den Arbeitgebern selbst. Im Kampf Abgerungenes ist nie für die Allgemeinheit unserer Kollegen auf die Dauer festzuhalten, und die sich daran knüpfenden unaufhörlichen und täglichen Kämpfe machen diese Ertragskraft zu einer solchen von sehr zweifelhaftem materiellem Wert, abgesehen davon, daß den Mitgliedern und der Organisation keine Möglichkeit gegeben ist, ihren sonstigen nicht geringen Verpflichtungen gerecht zu werden.

Wohin soll eine Organisation kommen, die stets und ständig nur Wunden zu blutigen, Ausgesperrte, Streikende und Arbeitslose zu unterstützen hat, und deren Weiter sich bloß rühmen können, die Organisation zwar nicht vorwärts gebracht zu haben, dafür aber mit der Phrase der Kampforganisation haufieren gegangen zu sein?

Mehr als je müssen stabile Verhältnisse im Buchdruckgewerbe Platz greifen, der gegenwärtige Tarif muß schleunigst unter Dach und Fach gebracht werden, wir müssen Zeit gewinnen, in eine Beurteilung, in eine Arbeit uns hineinzufinden, welche die drohende technische Revolution uns auferlegt. Auf Jahre hinaus die täglichen Kämpfe dem jetzigen Zustande vorzuziehen, heißt blind sein für die Lebensinteressen der Organisation, welche infolge der Entwicklung des Maschinenwesens in unserm Beruf in nächster Zukunft vor eine Aufgabe gestellt sein wird, welche alle bisherige Arbeit in den Schatten stellen dürfte. Ob wir es da nun für besser halten, unnötiger Weise uns in einem Zustande des Kampfs auf Leben und Tod überraschen zu lassen, oder ob es besser ist, infolge eines erträglichen Verhältnisses mit der Arbeitgeberchaft auch hier zu einem in den Verhältnissen begründeten einigermaßen befriedigenden Ziele zu kommen, ist die zur Verantwortung stehende Frage. Es sind also nicht bloß die Gegenwart berührende Punkte, welche uns mit der Tarifgemeinschaft und deren drei- bis fünfjähriger Dauer verflochten können, sondern auch Fragen allgemeiner wirtschafts- und sozialpolitischer Natur.

So viel Gerechtigkeit müssen wir doch auch den Prinzipalen zubilligen, daß sie bei Zugeständnissen ihrerseits auch solche unsererseits als Bedingung stellen, zudem sie als der stärkere Teil wohl mit Recht gelten können. Jeder verlorene Streik aber wirkt uns auf Jahre zurück, da vor allem die verlorenen Positionen wieder zu erobern sein würden, und deshalb müssen wir geschickt darauf bedacht sein, die größtmöglichen Erfolge mit den geringsten Opfern zu erreichen.

## Eine Komödie?

In Nr. 124 des Corr. wird im Leitartikel die von den Konferenzteilnehmern der Tarifgemeinschaft gegner gefaßte Resolution in einer Weise behandelt, die am allerwenigsten dazu angethan ist, eine Einigung der beiden streitenden Parteien im Verbande herbeizuführen. Der durchaus sachlich gehaltenen Resolution werden keineswegs die laudablen Motive untergeschoben. — Der Verfasser des betreffenden Artikels, wie anzunehmen Herr Reichhäuser, führte auch aus, daß im Corr. die freie Meinungsäußerung gewährleistet sei. Ja, aber seit wann denn? Ferner wird die B. B., die mit einem nicht weniger als schmeichelhaften Namen belegt ist, einfach als gegen das Verbandsstatut verstößend hingestellt. Wie wäre es denn, wenn die B. B. nicht existierte, ob da die freie Meinungsäußerung im Corr. jetzt wohl auch Platz gefriffen hätte? Wohl schwerlich! Wohl aber ist anzunehmen, daß die leitenden Kreise eingesehen, daß dies notwendig sei, um der B. B. den Boden zu entziehen; den Mitgliedern aber ist auf keinen Fall gesichert, daß, wenn die B. B. ihr Erscheinen einstellt, auch fernerhin die freie Meinung im Corr. gekübert werden könnte, denn die Zeit nach der Generalversammlung, wo die Zensur herrscht, ist noch zu lebhaft in Erinnerung. Wer bürgt dafür, daß diese Zeit nicht wiederkehrt und wie konnte sie überhaupt eintreten? Und eben daher hat die B. B. ihre Daseinsberechtigung.

Sollten wir denn wirklich noch nicht die Tarifgemeinschaft auszuhebeln haben in den langen Jahren, wo wir im Besitze derselben waren, und wenn sollte nicht der 1891er Streik noch in Erinnerung sein mit all seinen Ränken der Prinzipale? Dieses alles sollte man nicht so leicht vergessen und diejenigen Kollegen, welchen das Wohl des Verbandes am Herzen liegt, haben daraus eine

Lehre gezogen und kämpfen deshalb gegen das System Tariffgemeinschaft. Wir ist es unbegreiflich, wie Leute, welche die's alles miterlebt, so fanatisch diese Tariffgemeinschaft vertreten und gegen ihre Kollegen wüthen, sie sogar aus ihrem Fort, dem Verband, austreten und ihrer jahrelangen Mitgliedschaft berauben können; Kollegen, welche ihr alles daran setzen, um dieses unpraktische System ein für allemal zu verbannen zum Wohle der Gesamtheit.

Und wer den Tarif zur Durchführung bringt? Daß die Gegner der Tariffgemeinschaft nicht diejenige Zeit sind, welcher es an der nötigen Thätigkeit mangelt, läßt, ist gewiß eine Tariffdurchführung ohne dieselben nach meiner Ansicht undenkbar. Darum sollte jeder, der es ehrlich meint mit dem Verbands, diesen Kollegen nicht das Recht streitig machen, die Tariffgemeinschaft, die sich in den langen Jahren nicht bewährt hat, zu bekämpfen, man sollte ihnen vielmehr bestehen mit Rat und That, um dieses Ziel eher zu erreichen, und daß man damit nicht warten kann bis kurz vor einer Generalversammlung, sollte doch jedem Einsichtsvollen klar werden.

Am Schlusse des betreffenden Artikels macht der Verfasser auf die Konsequenzen aufmerksam, welche die Unterzeichnung dieser Resolution zu erwarten läßt, droht also mit dem Ausschlusse! Wenn man solches liest, muß da nicht jedem ehrlich Denkenden eine Rote ins Gesicht steigen, muß einem da nicht der Gedanke aufstehen, daß es gewissen Leuten darum zu thun ist, nur recht viele Gegner aus dem Verbands zu entfernen?

Und angeführt der Ausschüsse mag betreffender Artikel noch von Recht und Gesetz im Verbands zu sprechen! Wärschlich, auf diesem Weg und mit solchen Mitteln fördert man nicht die Einigkeit und es wäre an der Zeit, daß die leitenden Kreise dies einsehen und anstatt ihren Gegnern mit allen möglichen und ungehörlichen Mitteln entgegenzutreten, sollten sie ihnen Entgegenkommen zeigen, denn nur auf diesem Weg ist es möglich, ein gedeihliches Zusammenwirken aller herbeizuführen.

**Erfurt.** —y.

(Auf die an uns persönlich gerichteten Vorwürfe antworten wir nicht. Eine eingehendere sachliche Widerlegung halten wir ebenfalls für überflüssig, aber eine Stelle des vorstehenden Artikels haben wir hervor, da sie eine unzweideutige Feststellung unsers angezogenen Artikels enthält, worauf der Sachgenosse Opposition daran gelegen ist, die Tariff Einführung un möglich zu machen. Der Herr Einsender schreibt: Eine Tariff Einführung sei ohne die Gegner der Tariffgemeinschaft undenkbar. Darum solle diesen Gegnern das Recht nicht streitig gemacht werden, die Tariffgemeinschaft zu bekämpfen. Zu deutsch: Ohne uns könnt ihr den Tarif nicht durchführen, darum laßt uns das Recht, das zu bekämpfen, was wir nicht fördern wollen: Die Tariff- und Durchführung auf Grundlage der Tariffgemeinschaft. Einen andern Tarif hat die Kollegenschaft gegenwärtig nicht durchzuführen, unseren „Gegnern“ also das Recht zu sprechen, gegen die Ausschüsse der Generalversammlung die Tariffbewegung lahmzulegen und zu erschicken, führt zur Demoralisierung und Auflösung des Vereins, sowie zum Scheitern. Wir fürchten ihn nicht, wohl aber für Tausende von Existenzen und für die Organisation und ihre Zukunft. D. N.)

## Schleswig-Holstein, wache auf!

Wenn heute einmal die Spalten unsers Verbandsorgans für obgenannte Provinz in Anspruch genommen werden, so geschieht dies lediglich aus dem Grund, um den übrigen Kollegen ein kleines Bild von der jetzt bestehenden neugegründeten Tariffgemeinschaft in unsrer Gegend vorzuführen.

Mit besonderer Freude erfüllt es wohl jeden Buchdrucker und speziell wohl jedes Verbandsmitglied, wenn es hört und auch im Corr. selbst liest, wie bereitwillig von vielen Prinzipalen der neugeschaffene Tarif anerkannt und eingeführt wird. Und zwar kann man gewiß mit Recht behaupten, daß Mittel- und Süddeutschland den Vorzug hat, tariflebende Prinzipale zu besitzen.

Aber wie sieht es mit Norddeutschland und speziell mit unserm lieben Schleswig-Holstein aus?

Diese Frage gibt zu ernstem Nachdenken Anlaß. In allen unsern Orten (mit Ausnahme einiger größerer Städte) scheint man sich förmlich in einen Winterschlaf begeben zu haben, denn noch nie kam aus irgend einem kleinerem Orte die Kunde, daß hier der neue Tarif bereits seine Einführung gefunden hat.

Und darum, Schleswig-Holstein, wache auf!

Hier muß irgendwie etwas geschehen, um die Scheitern der einschläfernden Götter aus ihrer Hypnose zu befreien. Und glaubt sicher, Kollegen, einige Worte genügen, sie zum lebendigen Dasein hervorzuzaubern. Trete vor sie hin, verlang Anerkennung und Einführung des neuen Tariffs und ihr Erwachen dürfte dann gewiß mit dem „Erwachen des Löwen“ die meiste Regelmäßigkeit wohl haben.

Doch wie verhalten sich die hiesigen Prinzipale im allgemeinen dazu? Wohl ist allen der neugeschaffene Tarif zugegangen, aber die meisten, ja man kann mit Bestimmtheit annehmen, vier Fünftel derselben ließen die an sie adressierten Sendungen in den — Papierkorb verschwinden. Doch, ihr Herrer, was soll das heißen? Soll durch dieses Gebaren die Unzufriedenheit der Gehilfen bewirkt und befestigt werden? Ist der neue Tarif nicht ein Produkt der von den Prinzipalen ge-

wünschten Tariffgemeinschaft, welche mit knopper Not und Mühe siegreich aus dem Felde gegangen ist? Und wahrlich, wir haben ehrlich mit unsern Gegnern gehandelt, was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Dieses sollten sich unsere Prinzipale vor Augen führen und sie sollten uns ohne Zwang das geben, was von den Vertretern der Prinzipale und Gehilfen geschaffen worden ist, und was zu Recht besteht. Wollan, wir haben gezeigt, daß wir Frieden, ehlichen Frieden wollen; doch wird dieser Friede schänder Hand zurückgewiesen, dann bleibt uns nur etwas, und das ist — der Kampf.

Wenn man hier oben alle die Verläute von den Einführungen des neuen Tariffs liest, muß man unwillkürlich mit Schillers „Turatron von Olears“ rufen:

„Wehe, weh mit! Welche Thät!  
Wie verfahren sie mein Ehr!  
Jeder ruht mit neuer Hoffnung,  
Naubert mit ein Bild herbei!“

Ja, „jeder“ mit neuer Hoffnung, so derk man immer wieder, doch leider bis jetzt vergebens. Hier muß unbedingt dem Tarif mit einer Parole ausgegeben werden, wie sich diejenigen Kollegen, denen der neue Tarif noch nicht zugefallen sind, über deren derselbe überhaupt verweigert wird, verhalten sollen!

Darum, ihr, die ihr den Tarif geschaffen, zögert nicht noch länger, denselben Ansehen und Rechte zu verschaffen. Wärschlich diese Zeiten dazu beitragen, die Prinzipale, sowohl im allgemeinen als in unsrer Provinz im besonderen zu bewegen, uns das zu geben, was uns gebührt.

Und ihr Kollegen, die ihr im Norden Deutschlands euer Domicil aufgeschlagen habt, werbet unausgesetzt für den Hüter und Förderer unsers Gewerkes, den „Verband der Deutschen Buchdrucker“, denn alle werden wohl wissen, daß hier noch vieles „faul im Staate Dänemark“ ist und daß uns hier ein reiches Feld der Thätigkeit noch offen steht.

Darum harret jetzt der Dinge, die wohl noch kommen werden, doch haltet die Augen offen und  
... Begehne jeder die gerechte Wage,  
Und spare für das Ganze seine Waage,  
Denn Recht begehrt am allgemeinen Gute,  
Wer sich selbst nicht hilft in seiner eignen Lage.

**E. Einer für Viele.**

## Korrespondenzen.

**Bielefeld.** Ein Versuch, in Minden für den Verband Boden zu gewinnen, sollte die am 25. Oktober dort abgehaltene Bezirksversammlung sein. Leider ist dieser erste Anlauf als mißglückt zu betrachten, denn von den etwa 50 Mindener Nichtmitgliedern hatten ganze drei dringender Einladung und Beteiligung von Handplakaten in allen Druckereien sich bewegen gefühlt, die Versammlung zu besuchen, jedenfalls aus Furcht, ihre „angenehme“ Kondition zu verlieren. Anwesend waren von Bielefeld 40, Detmold 8, Salzgassen 5, Halle 1, Gütersloh 1, Mittelstb., ferner als Gast 1 Kollege aus Hannover. — Nach herzlicher Begrüßung der Erschienenen gab unser Bertramittelungen der Vorsitzende Kollege **Wiro** u. a. bekannt, daß der Gauvorstand zu Weingarten eine Sammlung für alle bedürftigen Kollegenwitwen veranstalten wolle und es darum nicht angängig sei, die in Bielefeld beschlossene Sammlung für eine dortige Witwe besonders vorzunehmen. Die Versammlung beschloß demgemäß. — Die Berichte der Vertrauensmänner aus den einzelnen Orten lieferten kein rosiges Bild. Neben Bielefeld, wo in letzter Zeit wenigstens einige neue Fortschritte auf dem Tarifgebiete zu verzeichnen sind, sind nur die Verhältnisse in Halle als relativ günstige zu bezeichnen; von den in H. beschäftigten 3 Kollegen werden 2 über, 1 zum jetzigen Minimum entlohnt und beträgt die Arbeitszeit im Sommer 9 1/2, im Winter 10 Stunden; Beirträge werden keine ausgehört. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Detmold, Salzgassen, Bünde können als leblich bezeichnet werden, während die Verhältnisse in Paderborn, Gütersloh, Herford und Minden (Säbte, in denen unsere Mitglieder nur bereinstigt vorkommen) in jeder Beziehung als sehr traurige geschildert wurden. Berechnet wird in den letztgenannten Orten noch zu 28 und 30 Pf. pro 1000 und gibt es dortselbst auch noch Gehilfen, die sich mit 12 Mk pro Woche begnügen. — Anknüpfend an die geschilderten Zustände referierte Kollege **Kunkel** über die augenblickliche Lage im Buchdruckgewerbe. Bedauernd, daß von den Mindener Nichtmitgliedern, die doch der Aufklärung am nötigsten bedürften, so wenig erschienen seien, führte Redner aus, daß das Bild hier im Bezirke: je mehr Mitglieder am Orte, desto besser die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, für den ganzen Gau zutrefte, deshalb müßten wir vor allem mehr Mitglieder zu gewinnen suchen. Jeder einzelne muß einsehen, daß er nur durch Beitritt zu einer starken Organisation seine Lage verbessern könne. Es wäre dies um so mehr nötig, da die Prinzipale Rheinland-Westfalens sich stets eintrager und besser organisiert gezeigt hätten als die Gehilfen. Reicher Beifall lohnte am Schlusse seiner Ausführungen dem Redner. — Ueber folgenden Punkt, Beirprechung über den Ausschluß von Gajch und Gensien, wurde auf Antrag einer Reihe von Kollegen einstimmig zur Tagesordnung übergegangen. Sehr übel vermerkt wurde es, daß der (oder die?) Bielefelder Antragsteller zu der Versammlung nicht erschienen war. — Nachdem als Ort für die nächste Bezirksversammlung Bielefeld gewählt worden und die Tagesordnung erledigt war, schloß der Vorsitzende die vorzüglich verlaufene Versammlung, indem er in seinen Schlussworten betonte, daß wir uns

durch diesen ersten sehr geschlagenen Versuch, die Mindener Nichtmitglieder zu gewinnen, durchaus nicht entmutigen lassen, sondern zu gelegener Zeit wieder kommen werden, mit einem kräftigen Hoch auf den Verbands. — Nachmittags fand dann ein gemüthlicher Ausflug nach der Porta Westphalica statt, welcher leider von der Ungunst der Witterung etwas zu leiden hatte.

\* **Brandenburg.** Unre zweite, von ungefähr 70 Kollegen leuchtige Bezirksversammlung fand am Sonntag dem 18. Oktober in Potsdam statt. Vertreten waren die Orte: Potsdam, Brandenburg, Rathenow, Köpenick, Friedrichshagen, Eberswalde, Ludenwalde, Spandau und Nauen. Aus alter Artmäßigkeit waren auch einige Kollegen aus Berlin erschienen. Auf Einladung des Bezirksvorstandes hatte uns auch unser Gauvorsitzer Kollege **Kathusius** mit seinem Besuche beehrt, welcher der Versammlung die Grüße des Gauvorstandes überbrachte und des hiesigen Gelegenheit nahm, ausführend in die Debatten einzugreifen. Nach dem Berichte des Kassierers ergab sich folgendes: Bestand am 1. April 175,70 Mk., Einnahmen 200,75 Mk., Summa 376,45 Mk., Ausgaben 217,55 Mk., mitteln Bestand am 1. Oktober 158,90 Mk. Für die gute Führung der Kasse und Bücher wurde dem Kassierer der Dank der Versammlung zu teil. — Bei der vorgenommenen Wahl des Gesamtvorstandes für das nächste Jahr wurden die Kollegen **B. Theise** als Vorsitzender und **Zimmermann** als Kassierer wieder- und an Stelle des zurückgetretenen Schriftführers Kollege **Schulenburg** als solcher ernannt. — Ein recht trauriges Bild führte der Vorsitzende nach einer von ihm aufgenommenen Statistik der Versammlung vor Augen. Nach derselben stehen in 16 Orten 191 Gehilfen 173 Lehrlingen gegenüber. Von diesen Gehilfen gehören 132 dem Verbands an. (Der Bezirk zählt 28 Orte, aus 12 Orten waren jedoch keine Berichte zu erlangen.) Aus den Berichten der Vertrauensmänner der verschiedenen Ortschaften ergab sich ein gleich ungünstiges Resultat. Hier- nach stehen selbst Verbandskollegen in einigen Orten teilweise unter dem Minimum und das Berbedrückte ist leider noch immer nicht aus der Welt geschafft. Mit der Einführung des neuen Tariffs in unserm Bezirke haben es noch sehr. Folgender diebezügliche Antrag wurde angenommen: „Die Mitglieder sind angewiesen, bei ihren Prinzipalen wegen Anerkennung des Tariffs vorstellig zu werden. Vor weiteren Schritten ist die Ansicht des Bezirksvorstandes einzuholen, welcher auch die Ergebnisse der Vorgehen dem Tarif-Ausschusse mitzutellen hat.“ — Unter allgemeinen Angelegenheiten wurde vom Vorsitzenden das in unserm Bezirke so sehr eingetragene Restieren der Beiträge in scharfen Worten getadelt. — Als Ort zur nächsten Bezirksversammlung wurde Berlin der geographischen Lage halber gewählt. Mit einem dreimaligen Hoch auf den Verbands wurde die Versammlung geschlossen. — Es folgte nun eine von den Potsdamer Kollegen arrangierte Festschma, welche die auswärtigen Kollegen noch lange in der besten Stimmung zusammensetzte, wofür wir den Potsdamer Kollegen auf diesem Weg unsern Dank aussprechen.

**Bromberg.** Am 25. Oktober fand der Gautag des Gau's Posen hier statt. An demselben nahmen teil: Fenzler, Orwat, Wegner-Posen, Matreé Thorn, Abraham, Barisch, Eggert, Radorowski-Bromberg. Durch den Vortrag einiger Mitglieder des Gesangsvereins Typographia wurde der Gautag eingeleitet. Nach Begrüßung der Delegierten sowie der zahlreich erschienenen Bromberger Mitglieder durch den Gauvorsitzer Kollegen **Damm** wurde in die Verhandlungen eingetreten. — Zu dem Bericht über den Stand des Gau's ist folgendes hervorgehoben: Bromberg beschäftigt 99 Gehilfen einschließlich Faktoren usw., 30 Lehrlinge, Berechnen und Arbeitszeit nach altem Tarife, zum resp. über neuem Minimum 38, unter Minimum 24, im Berechnen 37 zum alten Tarife (teilweise ohne resp. ungenügenden Lotalzuschlag); Schneidmahl 5 Gehilfen unter Minimum, effizienzbge Arbeitszeit, 17 Lehrlinge; Schwertn. a. B. 1 Gehilfe, Arbeitszeit 12 Stunden und länger, 6 Lehrlinge; Thorn 31 Gehilfen, Lohn 13 50 bis 22 Mk., 26 Lehrlinge, Arbeitszeit 10 bis 11 Stunden; Posen 135 Gehilfen, über und zum Minimum 95, unter Minimum 20, von den übrigen ist kein glaubhafter Nachweis zu erbringen, Arbeitszeit 9 bis 10 Stunden, Lehrlinge mindestens 50; Bojarowo (Arbeits- und Landmannhaus) 1 Gehilfe über Minimum, Arbeitszeit neun Stunden, 5 Korrigenden (M. B.) als Seper beschäftigt; Kosten 6 Gehilfen, 3 Lehrlinge, 10 bis 27 50 Mk. Lohn, Arbeitszeit 10 bis 11 Stunden. Aus den sonstigen zum Gau noch gehörigen Orten war trotz Anfrage nichts zu ermitteln. In den meisten Orten stehen selten Verbandsmitglieder oder nur vorübergehend. Daß die Bezahlung meist sehr im argen liegt, die Bezahlungswirtschaft dafür in voller Blüte steht, braucht wohl nicht besonders betont zu werden. Der nunmehr folgende Kassierbericht des derzeitigen Gaukassierers **H. Mann**, der die Geschäfte seit dem Verschwinden des früheren Kassierers **Zielinski** übernommen hat, ergab denn auch keine nennenswerten Ueberflüsse, so daß geordnete Verhältnisse. — Nach eingetragenen Mitagsmahl, an dem sich außer den Delegierten eine große Anzahl von Mitgliedern beteiligte, wurde in die Beratung des Gauverglements eingetreten, das besonders einschneidende Änderungen nicht erfahren hat. Um eine Erhöhung des Gaubetrages zu veranlassen, wurde beschloffen, das Obligatorium des Corr. vom 1. Januar 1897 auf die D-Klassen zu übernehmen. An Vätern wurden den auswärtigen Delegierten und Gauvorstandsmittgliedern je 6 Mk. und Reiseflojen,

dem Kassierer 20 Mk., dem Gauvorsitzer und Schriftführer je 5 Mk. Remuneration bewilligt. In betreff des Kaufs quantum für außerordentliche Unterfertigungen wurde dem Vorstande möglichste Sparsamkeit empfohlen, eine bestimmte Summe hierfür aber nicht ausgeworfen. In der befristeten Berichtsperiode sind hierzu 58 Mk. verausgabt. Weiter wurde beschlossen, den Mitgliedsberechtigten und Ausgesessenen fortan die Unterfertigungen statt aus der Gau- aus den Ortsklassen zu zahlen. Als Vorort wurde einstimmig Bromberg gewählt. Der nächste Congreß findet Pfingsten 1898 in Posen statt. Dem Vorort sind die Wahlschritte für den nächsten Gauvorstand überlassen. Nach einem allgemeinen Refusée über die gefassten Beschlüsse usw. wurde der Congreß am 9. Uhr mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband vom Vorsitzenden geschlossen.

**Chemnitz.** Die am Sonntage dem 25. Oktober im Börsensaal hier abgehaltene allgemeine Buchdrucker-Versammlung, in welcher unser Gehilfenvertreter, Kollege Raub aus Leipzig, über die Einführung des neuen Tarifs usw. referierte, war sehr zahlreich besucht. Einleitend setzten persönlichen Standpunkt vor und nach der Generalversammlung präzisierend, bemerkte Redner, daß er vor der Generalversammlung anderer Meinung gewesen, jetzt aber, nachdem die Generalversammlung, die höchste Institution des Verbandes, gesprochen, gebe es für ihn keine Frage, kein Räubern mehr, die gefassten Beschlüsse anzuerkennen, alles Persönliche hintanzuweisen und für die Einführung des Tarifs mit allen geistlichen Mitteln wirken zu wollen. Wenn nun fortgesetzt von der Opposition gegen die Tarifgemeinschaft gekämpft und ein Keil in die Kollegenschaft getrieben werde, so sei dies höchst bedauerlich, verwahren müsse er sich aber entschieden dagegen, daß noch andere Verufe, die doch überhaupt nichts von unserer Sache verständen, sich als Schiedsrichter aufspielten und uns schließl. noch Vorschriften machen wollten. Daß auf dem Wege des Kampfes wenig zu erreichen, habe der letzte Streit, der uns 2 1/2 Millionen gekostet, bewiesen; doch nicht die Führer, wie man immer gern bemerke, treffe die Schuld, sondern die wirtschaftlichen Verhältnisse, mit denen man rechnen müsse, seien die Ursache der Niederlage gewesen. Man müsse doch zugeben, daß sich unsere Berufsverhältnisse nach dem Streit bedeutend verschlechtert hätten, 1894 schon seien 5000 Beschlinge über die Scala beschäftigt worden und wo hätten solche Verhältnisse hinführen sollen, wenn nicht eine Aenderung herbeigeführt worden wäre. Einer gewissen Opposition könne es aber niemand recht machen. Der Referent besprach sodann eingehend die Schiedsgerichte und Arbeitsnachweise und schloß seinen Vortrag mit dem Appell an die Anwesenden: „Sessen Sie uns einig sein, Kollegen, marschieren wir geschlossen dem einen Ziele zu: Unre Lage zu verbessern. Die Generalversammlung hat ihr Urteil gefällt und dem haben wir uns unbedingt unterzuordnen, wer nicht für uns ist, ist wider uns und als unser Feind zu betrachten.“ (Lobhafter Beifall.)

Die nun folgende Diskussion war sehr lebhaft. Kollege Kraiser Widau erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten nicht einverstanden; habe man in den achtzehn Jahren der Tarifgemeinschaft nichts wesentliches erreichen können, so erreiche man auch jetzt nichts, er siehe nach wie vor auf dem Standpunkt, in der Tarifgemeinschaft ein Hemmnis für unsere Organisation zu erblicken, nicht das Prinzip, das uns alle vereinige, bekämpfe die Opposition, sondern die gegenwärtige Politik im Vereine, die sie für eine verheißt halte. Redner bat noch, die Resolution (s. w. u. zweite Ref.), die eingegangen war, abzulehnen. — Kollege Eisenpfläcker sprach sich dahin aus, daß er zwar nicht alles unterschreibe, was der Tarif gebracht, es immerhin aber für das Beste halte, mit den erregenden Vorteilen, auch wenn sie nicht so tiefgründig wären, zufrieden zu sein. Es sei immer etwas erreicht und somit ein Schritt vorwärts gehen. Die Opposition habe uns übrigens noch nicht gesagt, auf welcher andre Weise wir unsere Lage verbessern können. — Kollege Nagler machte den Leipziger Kollegen den Vorwurf, daß sie zuerst mit großem Tam-Tam die Tarifbewegung inszeniert, späterhin aber wieder die ersten waren, die dagegen Front machten, sie seien mit Schulb an dem jetzigen Unfrieden im Vereine, Kollege Medel habe bewirkt, daß Chemnitz einen Lokalaufschlag nicht erhalten; im übrigen sei er Tarifgegner. — Kollege Trunzsch Widau warnte sich des Lärmens gegen die Tarifgemeinschaft. Obwohl früher Tarifstreik, hätten ihn doch die Machinationen der Prinzipale während und nach dem Streit, er erinnere nur an den berühmten L. A. L. und die Erquickung der Invalidentafel usw., eine andre Meinung beigebracht. Die Prinzipale seien stets unsichere Kontrahenten gewesen und würden es auch bleiben, dem Zentralvorstande könne er den Vorwurf nicht ersparen, auf der Generalversammlung in Stuttgart einen ganz andern Standpunkt eingenommen zu haben als wie jetzt; daß Kollege Raub kaum vier Wochen nach der Generalversammlung seine Meinung gewechselt, wundere ihn sehr; die Behauptung, daß die Opposition einen Verband für sich gründen wolle, wäre Unsinn, die Ausschüsse, die man vorgekommen, seien ein Mißgriff des Zentralvorstandes und statutenwidrig; er werde nach wie vor seinen Standpunkt beibehalten. Redner forderte schließl. die Nichtmitglieder noch auf, dem Verbands beizutreten. — Kollege Fröhlich Burghardt wendet sich ebenfalls gegen die Tarifgemeinschaft. Während früher der Tarif auf zwei Jahre festgelegt sei, habe man sich jetzt auf fünf Jahre gebunden, dies sei entschieden zu

verwerfen, er ist schließl. noch gegen die Schiedsgerichte und Arbeitsnachweise, die man über Bord werfen solle, weil sie nichts taugten. — Die Kollegen Zischow und Schumm traten noch für die Tarifgemeinschaft ein. Ersterer behauerte jedoch den Ausschluß der Kollegen seitens des Zentralvorstandes. Nachdem die Rednerliste erschöpft, wurde über folgende Resolution abgestimmt: „Die in der Börse versammelten Buchdruckergehilfen nehmen die Ausführungen des Herrn Referenten Raub zur Kenntnis, sprechen sich aber gegen die fünfjährige Tarifgemeinschaft als Hemmnis der Organisation aus und sind selbstverständlich gegen die damit zusammenhängenden Tarifschiedsgerichte und Arbeitsnachweise, weil dadurch die freie Aktion der Gehilfen gehemmt wird. Fröhlich.“ Das Resultat war die Ablehnung derselben gegen zwölf Stimmen (anwesend waren noch etwa 120 Kollegen). Eine andre dagegen: „Die heute dem 25. Oktober in der Börse abgehaltene allgemeine Buchdruckerversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten, Gehilfenvertreter Kollege Raub Leipzig, voll und ganz einverstanden, stellt sich auf den Boden der Tarifgemeinschaft und verpflichtet, für die Durchführung des 1896er Tarifs mit voller Kraft und allen geistlichen Mitteln einzutreten. Zischow“ fand gegen zwei Stimmen, ein paar Kollegen enthielten sich der Abstimmung, Annahme. Von der Wahl von Vertretern zu einem Schiedsgerichte, das man nicht für nötig hielt, da hier lediglich nur Gew. hgedesher in Frage kommen, sah die Versammlung ab. In seinem Schlußworte widerlegte Kollege Raub noch die Ausführungen einiger Redner, richtete einen warmen Appell an die Nichtmitglieder, dem Verbands beizutreten und bat schließl. die Kollegen, den nun lange genug gewährten Streit einzustellen und gemeinsam für die Einführung des gefassten Tarifs eintreten zu wollen zum Wohle unser aller.

**Düsseldorf.** Da ich meinen Konditionsort gewechselt und insolge dessen den Corr. verpätet in die Hände bekam, so ist es mir erst jetzt möglich, auf die in Nr. 121 befindliche Rundschau, die den Streitfall des Personals der Genossenschafts-Buchdruckerei in Solingen mit der Leitung derselben betreffend, zu replizieren. Da ich persönlich an der Sache beteiligt bin und die Leitung der Genossenschafts-Buchdruckerei auch im Corr. versucht, die Sache so hinzustellen, als ob die Sezer allein die Schuld an dem unlesbaren Vorfall trügen, so halte ich mich für verpflichtet, dies in etwas richtig zu stellen. Die Redaktion des Corr. hat vollständig recht, wenn sie meint, daß noch Dinge unter der Oberfläche lägen, welche dem Fernstehenden nicht so leicht ersichtlich seien. Es steht fest, daß die Leitung des genannten Geschäfts darauf ausging, zwei der Sezer aus für mich leicht begreiflichen Gründen hinauszuweilen; da sich hierzu kein Grund finden ließ, so mußte der feuchte Montag als willkommenes Gelegenheit dienen; ich selbst bin zweimal ohne Grund gefündigt worden (das eine Mal mit mir, ausschließl. des damaligen Faktors, das gesamte Personal), aber in beiden Fällen wurden die Rindlungen durch Intervention dritter Personen zurückgenommen. Das wäre ein Fall, welcher dafür spricht, daß die Leitung dem Personale das Arbeiten nicht allzu angenehm machte und zu einer Spannung zwischen „oben“ und „unten“ beitrug. Auch hat es der Redakteur verstanden, ob absichtlich oder unabsichtlich will ich dahingestellt sein lassen, oft durch für einen Fachmann unerträgliche Schikanereien dem Metteur das Leben und Arbeiten so unerträglich wie möglich zu machen. Es wurden oft in letzter Stunde von seiten des genannten Herrn Anordnungen getroffen, welche unbedingt ein zu spätes Fertigwerden der Zeitung nach sich ziehen mußten, dann kam der Geschäftsführer und schnauzte den Metteur an und wenn dieser sich dann auf den Redakteur berief, dann sagte der letztere, seine Anordnungen trügen keine Schuld an der Verzögerung, die Sezer hätten gebummelt. Solche Szenen spielten sich oft ab, und das nennt man dann humane Behandlung. Kollegen, welche in dem genannten Geschäft konditioniert haben (und deren sind nicht wenige), werden wohl wissen, daß die Ausdrucksweise des Herrn Geschäftsführers in solchen Fällen, wie oben, nicht besonders human war. Auch unter Tarif war der Geschäftsführer stets ein Dorn im Auge; freilich wurde er bezahlt, aber nur, weil das Personal strikte darauf bestand. Als Beweis dienen folgende Fälle: Als ich in einer Woche viele Ueberstunden notwendig machen und diese vom Personale mit tarifmäßigen Aufschlägen genau berechnet wurden, da erklärte der Geschäftsführer: „Wenn Ihr es so genau nehmen wollt, dann thun wir das Gleiche.“ Es wurde eben erwartet, daß wir aus Geschäftsinteresse auch einmal unter Tarif arbeiten könnten. Der vorletzte Faktor bekam keine Ueberstunden bezahlt; hierüber zur Rede gestellt, erklärte er, die wären bei seinem Lohne mit einbezogen. Und noch in einer Versammlung, welche in letzter Zeit wegen des Streitfalles stattfand, machte es ein Mitglied des Vorstandes der Genossenschafts-Buchdruckerei den Sezern zum Vorwurfe, daß sie sich jede Ueberstunde bezahlen ließen. Auch gelegentlich der letzten Mailfeier wurden mir vor die Alternative gestellt, entweder am ersten Mai zu arbeiten oder gratis so viel überzuarbeiten, daß die Zeitung nicht auszulassen brauche. Aus Geschäftsinteresse thaten wir das letztere, wie wir überhaupt schon mehrmals ein Auge zugeknippt haben. Aus Geschäftsinteresse thaten wir das letztere, wie wir überhaupt schon mehrmals ein Auge zugeknippt haben. So stehen oder standen die Akten. Jedenfalls ist es hiernach sehr begreiflich, daß sich bei einigen der Sezer, welche schon längere Zeit im Geschäft tätig waren, eine Menge Bündstoff angesammelt hatte, welcher eben an

jenem Montage zur Explosion kam. Besser wäre dieser Zeitpunkt an einem andern Tag eingetreten; gekommen wäre er aber sicher. Und daß ich mit meiner Zustimmung, die Leitung hätte gern zwei der Sezer rausgeholt, recht habe, erhellt aus der Thatsache, daß die Genossenschafts-Buchdruckerei erklärte, mit Ausnahme von zwei Personen könnte das alte Personal wieder anfangen; mit einer Ausnahme haben es jedoch die früheren Sezer vorgezogen, anderwärts in Arbeit zu treten oder auf die Kette zu gehen. Beim Gewerbegerichte wurden wir deshalb abgewiesen, weil Herr Redakteur Fr. eigenmächtigerweise als Beuge auftrat und seine Aussagen eidlich erhärtete. Wenn man sich außerdem noch über die omdröhen 16 Liter Bier, welche von sieben Mann getrunken sein sollen, enträstet, so diene dem Herrn Geschäftsführer K. zur Notiz, daß es der Aufsichtsrat noch nicht nötig gehabt hat, den Sezern wegen übermäßigen Genusses geistiger Getränke (innerhalb der Geschäftszeit) einen Verweis zu erteilen. Wenn dann noch das Solinger Gewerkschaftskartell gegen uns resolviert hat, so will das, in Anbetracht der Untätigkeit, welcher sich die Buchdrucker bei den anderen Arbeitern teilweise erfreuen, für mich wenig heißen; auch kennen die Delegierten des Kartells die wahren Verhältnisse so wenig, daß sie nicht anders urteilen könnten. Dies zur Aufklärung. Karl Wörner.

**Jena.** Mit den letzten Nummern des Corr. und der Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker ist der gesamte Buchdrucker in Deutschland, also Prinzipale sowohl wie Gehilfen, durch den Tarifausbruch das Verzeichniss derjenigen Druckerereien zugegangen, welche bis einschließl. den 18. Oktober 1896 — so steht es zu lesen — den neuen Tarif anerkannt haben. Kollege Giesede sagt in seinem Correspondenz-Begleiterscheiben, daß die genannten Firmen den Teil der Prinzipalität repräsentieren, der Recht und Billigkeit hoch hält — und indem ich dieser Ansicht vollkommen beistimme, glaube ich auch, daß alle Interessentenkreise gerade deshalb dieses Paradeblatt mit doppelter Sorgfalt unter der Lupe betrachtet haben, um Kenntnis davon zu erhalten, inwieweit die Hoffnungen und Erwartungen jedes Einzelnen hinsichtlich der einen oder andern ihm bekannten Offizin erfüllt worden sind. Manches kräftiger Fluch wird dann dem Suchenden im lebhaften Ingrimm entlockt sein, wenn er die Firmen Revue passieren ließ und wenn dann gerade diejenige, auf die er vielleicht am meisten gerechnet hat, sich nicht darunter befand. Aus all diesen Gesichtspunkten ist man besugt anzunehmen, daß dieses Verzeichniss mit größter Genauigkeit und peinlichster Prüfung aufgestellt worden ist, um festzumachen, der auf „Recht und Billigkeit“ Anspruch machen kann, Unrecht zu thun und jeden Stein des Anstoßes aus dem Wege zu räumen. Unter den Jenaer Druckerereien, die als tariffrei zu gelten haben, sind nur die A. Kämpfische und C. Neuenhansische aufgeführt, während damit aber die Jenerer Witte thätlich noch nicht erschöpft ist. Vor diesen beiden ist nämlich noch die des Jenaer Volksblattes (Inhaber Bernhard Popeltus) zu nennen, in welcher nur (jezt) Verbandsmitgliebei beschäftigt werden und in der der neue Tarif schon mit der ersten Juliwoche anstandslos, sogar ohne Zutun der Kollegenschaft und mit äußerster Konsequenz, bezahlt wird. Die Hinweglassung dieser Firma ist um so auffallender, da sie die Einführung des 1896er Tarifs dem Tarifausbruch sofort bekannt gegeben hat. Ich fasse mich verpflichtet, dies hier zu konstatieren aus dem Grunde, weil diese Druckererei — und das werden die Kollegen bestätigen — in ganz Thüringen zu den musterhaftigsten gehört und mit Recht als arbeiterfreundlich gilt und umso mehr, weil die hiesigen Verhältnisse und insbesondere das Verhalten der Verbandskommitte bereits zu einer Preßsche im Corr. und dem Buchdruckerwitteblatt Typhograph geführt haben. Zwar will ich nicht behaupten, daß eine Abstützung zu Grunde lag, aber das muß doch zugegeben werden, daß mit diesem Lapsus die Verbreitung jener Unwahrheiten, wie es im Typhograph geschah, neue Nahrung erhält und zu einer Entstellung der Thatsachen beiträgt. A. Wolf.

**Köln.** In dem Verzeichnisse der Buchdruckerereien des Deutschen Reiches, welche bis einschließl. 18. Oktober 1896 den Deutschen Buchdrucker tarif vom 1. Juli 1896 anerkannt haben, befinden sich auch zwei „Firmen“ aus Rheinlands Metropole. Da ist zunächst die Buchdruckerei Jos. Koch. Hier wird gar kein Gehilfe beschäftigt, sondern der Prinzipal wurstet mit Hilfe eines einhaldelbmetigen Stiffes allein. Wenn wirklich einmal ein Gehilfe eingestellt werden sollte, so ist das nur von kürzester Dauer, denn alle Kollegen, die bis jetzt dort ausstillweise beschäftigt waren, haben am Rohstage verblüffte Gesichter gemacht. Dabei wollen wir jedoch bemerken, daß, wenn Herr K. über den nötigen Rammon verfigte, er die Gehilfen recht gern und tariflich bezahlen würde. Was nicht aber der gute Wille! Der Inhaber der zweiten Firma, Herr Herm. Schmidt, Köln Ehrenfeld, hat noch bis vor wenigen Jahren sein ehrbares Gewerbe als Vartischerer ausgeübt. Er zahlte seinen Gehilfen das Maximum von 15 Mk. Wie solche Leute tarifliche Verhältnisse anerkennen können, ist uns unerfindlich. Herr Kapprecht, der Drucker der hiesigen sozialdemokratischen Rheinischen Zeitung, steht in dem Verzeichnisse der Tarifanerkennner im Gegensatz zu seinen übrigen Kollegen in der sozialdemokratischen Parteipresse. Eingeweihte können sich ob dieser Thatsache nicht wundern. Da wir aber doch einmal bei diesem Herrn angelangt sind, wollen wir auch ein wenig bei ihm verbleiben. Die Kollegen — und ihre Zahl ist Legion —, die das Glück hatten, in der

Accidenzabteilung des Herrn R. während ihres stark weislichen Besuchs Unterfucht zu finden, werden sich beim Lesen dieser Zeilen gewiß mancher „ancorenmen“ Stunde erinnern. Wahrscheinlich weil Herr R. mit den bösen Verbändlern nicht machen konnte was er gerade wollte, separierte er die Accidenzabteilung vor Monaten und zog mit dieser in ein neues Lokal. Bald nach dem Umzuge mußten natürlich die Bebandsmitglieder springen und wurden durch R. V. ersetzt. Leute, die in keiner Drucker mehr Anstellung fanden, waren für ihn gerade gut genug und in ihren Leistungen noch besser als die Verbändler, wie Herr R. sagte. Nur hier und da, wenn Holland in Not war, „begünstigte“ er sich mit einem Mitgliede, das natürlich bei der Einstellung von dem Musterverhältnissen der Offizin keine Abnung hatte. Diese schätzten denn auch bald wieder den Staub von ihren Pantoffeln. Wahrhaft drastische Auftritte gab es manchmal, denn der Herr Prinzipal glaubte auch unsere Verbandskollegen mit allerlei Rosenamen aus dem Tierreich beehren zu dürfen, wie sie sich die Nichtmitglieder leider gefallen ließen. Man kann sich einen ungefähren Begriff davon machen, wie der Bestrengte mit seinem H. S. Personal umgeht — hat er doch eine siebzehnjährige Buchhalterin — diese wechseln sich mit ihren männlichen Kollegen in der Regel monatlich ab — mit einem Namen belegt, den man für gewöhnlich nur einer Vertreterin der Demionde beilegt. (Ist denn Niemand da, der dem Herrn die elementarsten Begriffe über Anstand beibringt? Hofferlich wird sich die vorige Parteilung bemühen, diesem Standal ein Ende zu machen. D. R.) Unseren Kollegen in der Rheinischen Zeitung konnte Herr R. noch nichts anhaben. Seine diesbezüglichen Versuche prallten an der Einigkeit der Kollegen ab; und dann ist er kontraktlich verpflichtet, nur Verbändler zu beschäftigen, sonst hätte er auch diese schon längst „nausgeschmissen“. Wollten wir alles hier registrieren, so müßte der Corr. extra dafür in einer Doppelnummer erscheinen. Daher nur noch einiges. Jetzt, nachdem die gesamte Drucker wieder vereinigt ist, müssen selbstredend in der Accidenzabteilung auch wieder Verbandsmitglieder eingestellt werden. Das geht Herrn R. natürlich gegen den Strich. Ueber einen jungen Kollegen, der früher in der Accidenzabteilung hand und jetzt in die wieder vereinigte Drucker hinübergenommen wurde, auch auf Drängen des Herrn R. in den Verband eingetreten ist, äußerte V.äterer: „Seit der 2. im Verband ist, taugt er nichts mehr.“ Herr R. trachtete nun darauf, den betr. Kollegen los zu werden, wozu sich ein Anlaß bald fand. Er wurde von seinem Prinzipal als Zeuge in einer Sache vor Gericht geladen, wo ersterer verurteilt wurde, einen großen Auftrag, der zuerst als unbrauchbar abgeliefert wurde, noch einmal zu drucken. Zeugengebühren hat der Kollege nicht erhoben, um seinem Prinzipale die Geldstrafe nicht noch teurer zu machen; dabei setzte er jedoch voraus, daß ihm am Lohnstage nichts abgezogen würde. Der humane Prinzipal zog ihm aber wider Erwarten diese Zeitversummung ab, der Krach war fertig, wie gewünscht, und der Kollege konnte die Blatte puzen. Dieser Tage noch hat Herr R. einen Maschinenmeister entlassen, weil er ihm „zu sehr stinkt“. Daß der Kollege, der 1 1/2 Jahr an einem Stüde „getipelt“, eher noch Pennegas als nach V. ang. Plang de Mantilla roch, läßt sich leicht denken. Daß aber auch immer die Verbändler so stinken! Herr R. versucht auch jetzt immer noch mit denselben Praktikern zu arbeiten. Er hätte wahrscheinlich so gern ein zweites Solingen, wo er die „Bande“ auf einen Schlag los werden könnte. Unsere dort stehenden Kollegen werden ihn aber vor einem Solingen in zweiter Auflage zu bewahren wissen. Nun noch eins: wir sind mit dem Kollegen Giesede gewiß auch der Meinung, daß der Corr. nicht dazu da ist, die Prinzipale in ungebührlicher Weise anzugreifen — aber auf einen großen Floß gebёт ein großer Keil, und um solche Mißstände zu gehen, muß den Mitgliedern ihr Organ zur Verfügung stehen. Denn nur durch die breitetste Bekanntgabe solcher Vorwommnisse hofft die Kölner Mitgliedschaft, ihre in fraglicher Drucker sitzenden Kollegen in Zukunft vor Neidhüm zu bewahren und den Herrn Prinzipal R. zu überzeugen, daß er es mit organisierten Arbeitern und nicht mit „Geinbel“ zu thun hat, wie er sich vor kurzem einem angehenden Maschinenmeister gegenüber geschmackvoll äußerte. (Wie ich mich erinnere, stand aber schon vor zwei Jahren im Corr., der Mann sei nicht wert, eine solche Zeitung zu drucken. Ann. d. S.) Seine organisierten Gehilfen haßt Herr R., aber das Geld für die Druckkosten der Arbeiterorganisationen am Orte, die er sämtlich herstellt, stinkt nicht! Der eine oder andre wird nun sagen, da könnte doch die örtliche Parteilung einmal einschreiten; künnte, ja — aber ernstlich ist dies bis jetzt noch nicht geschehen.

**n. Königsberg.** Es dürfte die auswärtigen Kollegen, besonders aber diejenigen, welche längere Zeit hier gearbeitet haben, interessieren, etwas von der Gestaltung der hiesigen Ortskassen, welche für unsern Ort obligatorisch sind, zu erfahren. Bis zum Jahr 1883, also bis zur Einführung des Krankensicherungsgesetzes, hatten wir nur eine Kasse, die sogenannte große Kasse; dieselbe war vor vielen Jahren, als noch das patriarchalische Verhältnis existierte, von Prinzipalen und Gehilfen gegründet und galt nur als humanitäre Einrichtung, welche in Notlagen jeder Art den Gehilfen zur Seite stand. In Krankheitsfällen hatten die Mitglieder auch freie ärztliche Behandlung durch den Kassenarzt, erhielten Unterstützung,

nur daß nicht die jetzt im Krankenkassengesetz vorhandenen Forderungen, wie: Arznei, Bruchbänder und andere Hilfsmittel, gewährt wurden. Dagegen wurden aus der Kasse Extraaufstellungen für Kranke behufs Laudaufenthalts, Reise nach den Bädern, überhaupt alles, was den ärztlichen Vorschriften entsprach, bewilligt, auch erhielten Durchschneide Blattnum und dauernd arbeitsunfähige Kollegen, wenn sie eine bestimmte Karenzzeit hinter sich hatten, lebenslänglich eine Invalidenunterstützung und die Angehörigen verstorbener Mitglieder ein Sierbegeld von 100 Mk. Aus alledem ersieht man, daß die Kasse ein ansehnliches Vermögen haben mußte. Es soll noch erwähnt werden, daß die Prinzipale selbst Mitglieder waren, sogar für ihre Firma auch den wöchentlichen Beitrag zahlten und ein Drittel des Beitragtes für jeden von ihnen beschäftigten Gehilfen steuerten. Diese Kasse übte auch Gegenleistung mit auswärtigen Kassen, die die gleichen günstigen Bedingungen gewährten, daselbst gilt auch laut dem jetzigen Statut bis auf den heutigen Tag, d. h. also, kommt ein Mitglied, welches einer solchen auswärtigen Kasse angehört hat, wie beispielsweise in Berlin, Breslau, Leipzig usw., hier in Kondition, so ist es vom Eintrittsgelde befreit, auch werden die daselbst gezahlten Wochen bei uns gezählt. Zu wünschen wäre, daß es die auswärtigen Kassen ebenso handhaben, dann würde auch die Kenglichkeit der Mitglieder beim Zahlen des Eintrittsgeldes verschwinden, ganz besonders in Fällen, wo dieselben Aussicht haben, nicht lange hier am Orte zu bleiben. Doch das mögen Ärsichten sein. Aber die Kasse war und ist noch heute nicht nur verpflichtet, die Invalidenunterstützung zu gewähren, sondern sie muß auch, gleichviel wie viel Wochenbeiträge gezahlt sind, in Sterbefällen die 100 Mark zahlen, und es sind nur eine paar Jahre her, als ein Mitglied, welches erst 14 Tage hier konfitionierte und sich immer weiterde, das Eintrittsgeld von 3 Mk. zu zahlen, beim Baden verunglückte und dessen Angehörige durch Anrufen der Aufsichtsbehörde (Magistrat) das Sierbegeld erhalten mußten. Bei solchen Erfahrungen können sich also die hier zuweisenden Kollegen nicht wundern, daß auf das Zahlen des Eintrittsgeldes strikte gesehen wird. Die Kasse basiert auch mit darauf, daß ein jeder Lehrling ein Aufsichtsbegeld und ein Ausbreitbegeld von je 15 Mk. zu zahlen hat, was unter Garantie des betreffenden Prinzipals dieser Kasse eingeliefert werden soll (laut Statut). Den Vorschriften des Krankenkassengesetzes wurde durch diese Kasse in den ersten zwei Jahren ebenfalls genügt; als aber daselbst immer mehr bürokratische Formen anannam, mußten auch wir uns bequemen, eine eigne Ortskassenkasse zu bilden, und es wurde die sogenannte große Kasse, nachdem aus derselben die gesetzliche Summe als Fonds zur Ortskassenkasse entnommen, als besondere Kasse mit eigener Verwaltung gegründet, welche jetzt den Namen Pensionskasse der Buchdrucker Königsbergs führt und die nur noch für Invaliden existiert, aber das bisherige Sterbegeld ebenfalls an die Angehörigen verstorbener Mitglieder zahlt. Das Interesse der Prinzipale ist jetzt auch nicht mehr in dem Maße reger als früher, haben dieselben doch auch noch andere Zahlungen, wie z. B. zur Berufsgerufenschaft, Alters- und Jubiläumseinstellung, zu leisten, es fällt ihnen schon zu schwer, das zu unseren humanitären Einrichtungen zu geben, was ihre Vorgänger freudigen Herzens gegeben; es mag ja dieses berechtigt sein, aber wir Arbeiter müssen doch ebenfalls für diese Einrichtungen zahlen, abgesehen von der U. f. a. l. l. d. s. Ein Teil zahlt für ihre Firma nicht mehr einen Pfennig, nur daß noch das eine Drittel des Beitragtes, der sogenannte Geschäftsbeitrag, von ihnen gezahlt wird, und der wird auch nur gegeben, weil die großen Geschäfte, wie Allgemeine Zeitung, Ostpreussische und Hartungische Zeitung, es thun, letztere versuchte auch schon des öfters daran zu rütteln, wurde aber durch den damaligen Vorsitzenden, Herrn Direktor L. Spach, stets auf das Statut verwiesen. Auch das Entsetzen der kleinen „Buden“, welche in den letzten Jahren wie Pilze aus der Erde schiefen (sind doch jetzt hier am Ort etwa 30 Druckerereien, früher 10 bis 12), macht dem Vorstände der Kasse viel Mühe und Arbeit; der eine Prinzipal, der so gerne von Humanität spricht, sagt, er wäre Lithograph, deshalb kümmerere er sich um die Einrichtungen der Buchdrucker gar nicht und acceptiert dieselben auch nicht, derselbe will auch das eine Drittel des Beitragtes nicht zahlen, nimmt aber Buchdruckerlehrlinge zum Ausbilden ohne Ein- und Ausbreitbegeld an, trotzdem er Lithograph ist usw. Neben diesem sind schon zwei Firmen, welche es ähnlich treiben möchten, so daß sich der Vorstand zuweilen sah, die Klage gegen diese rentierten Firmen einzureichen, und werden wir sehen, wie das Regierungspräsidium, welches das Statut seiner Zeit genehmigte, entscheiden wird. Die Kasse selbst ist bis heute sehr gut fundiert, so daß dieselbe noch viele Jahre segensreich wirken dürfte. Ich wollte den Kollegen nur einen ungefähren Ueberblick geben. Und nun zu unsern Ortskrankenkasse. Dieselbe nimmt nur Gehilfen auf, Prinzipale und Buchdruckerdirektoren sind berechtigt, Mitglied zu sein. Aber wie bei der Pensionskasse nur die alten Prinzipale noch Mitglieder sind, so ist es bei ersterer ebenfalls. Nicht einmal die Prinzipale, welche im Vorstände sind, gehören ihr als Mitglieder an, was früher wenigstens beim Vorstände der Fall war. Diese Kasse wird ebenfalls durch Kollegen verwaltet und der Humanität der weltliche Spielraum gelassen. Alles wird gewahrt, was der Arzt für notwendig hält, die Kasse selbst hat die meisten Heilmittel als Eigentum, so daß

eigentlich wenig Klagen zu verzeichnen sind, außer über den Arzt hin und wieder. Es ist das nicht allein bei uns Buchdruckern, auch anderswo zu finden. Gewöhnlich hält man nicht viel von einem Kassenarzt. Aber man kann den besten Arzt haben, allen wird derselbe es nie recht machen. Wir Königsberger Buchdrucker zahlen einen wöchentlichen Beitrag von 60 Pfg. einschl. des einen Drittels der Arbeitgeber. Es ist dies gerade nicht zu wenig, aber es wird auch viel geleistet. Krankengeld wird vom ersten Tage der Erkrankung an bis 26 Wochen hindurch gezahlt und zwar 2 Mk. pro Tag, für den Sonntag wird nichts gezahlt; dagegen für Wochenfeiertage. Der Arzt hat außer den Kranken Mitgliedern auch deren Angehörige zu behandeln, letztere erhalten aber keine Arznei seitens der Kasse. Der Arzt erhielt lange Jahre bei einem Mitgliedsverbande von etwa 200 Personen 500 Mk. jährlich Honorar, bis derselbe vor zwei Jahren um Zulage einkam, es wurden ihm 150 Mk. mehr bewilligt und ging nun alles, außer einigen Klagen, ganz gut; bei der letzten Generalversammlung kam derselbe mit noch 200 Mk. Erhöhung, was aber nicht bewilligt wurde. Hierauf Kündigung seitens des Arztes. Um einem langgehegten Bunde der Mitglieder Rechnung zu tragen, hat der Vorstand seit dem 1. Oktober die freie Arztwahl eingeführt, heßend, daß die Mitglieder dieses mit Freuden begrüßen werden. Wir haben nun den größten Teil der Mitglieder des Arztvereins hier am Ort (etwa 75 Ärzte) zur Verfügung in Krankheitsfällen. Die Mitglieder können bei Bedarf wählen, welchen Arzt sie wollen. Der betr. Arzt gilt für die Dauer der jeweiligen Krankheit, so daß nicht jeden Tag ein anderer konsultiert werden kann. Dieser Apparat ist vorläufig etwas kompliziert und auch teurer als bisher, aber wir werden ja sehen, wie es sich anlassen wird und wie es sich wirtschaften läßt. Dieses neue System ist versuchsweise auf ein Jahr eingeführt. — Sollten sich die auswärtigen Kollegen für diese neue Einrichtung interessieren, so ist unser Kollege G. Neumann, Sachbetmer Hinterstraße 36, 1 Tr., gern bereit, näheres mitzuteilen, derselbe ist Kassierer und auch wohl am Informiertesten in dieser Angelegenheit. — Mein Bericht ist doch bedeutend länger geworden als ich eigentlich wollte. Aber ich habe im guten Glauben gehandelt, alles ziemlich übersichtlich zu behandeln, da ich Kollegen kenne, welche gerade in Kasseneinrichtungen gerne orientiert sein wollen.

**Leipzig.** Mitglieder-Versammlung des Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießergesellen. Nachdem der Vorsitzende über die Tätigkeit des Vorstandes Bericht erstattet wurde, in die Diskussion über einen seitens des Kollegen Braun eingereichten Antrag: „Längere als vierzehntägige Kündigungsfristen sind aufzuheben, eingetreten. Kollege Eißler ging des nächsten auf das in letzter Zeit sich mehrende Kontraktwesen ein und stellte fest, daß namentlich die Kollegen der Offizin Teubner zu berechtigten Beschwerden Anlaß gegeben haben, indem ein großer Teil dort längere Kündigungsfristen in der leitfähigsten Weise eingegangen ist. Auch aus anderen Druckerereien sei dies zu melden, aber genau hätte sich bis dato nicht feststellen lassen, in welchem Umfange die längeren Kündigungsfristen existieren. Der Vorstand habe sich in den letzten Sitzungen mit dieser Angelegenheit auf das Eingehendste beschäftigt und sei nun zu dem Entschlusse gekommen, in den nächsten Wochen die Personale der betreffenden Druckerereien zu laden, um in Gegenwart aller Kollegen der betreffenden Offizinen feststellen zu können, wer denn überhaupt längere Kündigungsfristen habe. Das Resultat dieser Erhebungen würde einer der nächsten Vereinsversammlungen vorgelegt werden, um auf Grund desselben die weiteren Schritte gegen die Sünden vornehmen zu können. Der Vorstand unterbreite deshalb der Versammlung folgenden Antrag: „Die heutige Versammlung verurteilt auf das Entschiedenste den Abschluß von längeren Kündigungsfristen, weil dieselben in allen Fällen zum Nachteil der Gehilfschaft ausschlagen müssen. Die Versammlung verpflichtet die Mitglieder, zukünftig weitere als höchstens vierzehntägige Kündigungsfristen nicht einzugeben; bezüglich der schon bestehenden längeren Kontrakte wird der Vorstand beauftragt, unverzüglich Erhebungen über die Anzahl und die Art derselben vorzunehmen und das Resultat einer Versammlung zur weiteren Entscheidung vorzulegen.“ Kollege Braun findet den Vorstandsantrag zu schwach, er wünscht ein energisches Vorgehen gegen die Kollegen, welche sich die Bewegungsfreiheit in so leichtsinniger Weise nehmen ließen, wie dies namentlich bei Teubner geschehen. Er brachte nun seinerseits eine Resolution folgenden Wortlautes ein: „Die am 30. Oktober 1896 im Krystallpallast tagende Versammlung des Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießergesellen beschließt: In Erwägung, daß eine längere als vierzehntägige Kündigungsfrist die Bewegungsfreiheit der Gehilfschaft hindert, den Vorstand des Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießergesellen zu beauftragen, sofort Schritte zu unternehmen, um die zur Zeit bestehenden längeren Kontrakte und Kündigungsfristen rückgängig zu machen, und verlangt, daß gegen die bis zum 1. Januar 1897 dieser Aufforderung seitens des Vorstandes nicht nachkommenden Kollegen laut Statut (§ 4b) vorgegangen wird. Ferner beschließt die Versammlung, allen durch Befolgung dieser Beschlüsse konditionlos werdenden Kollegen die weltgebeilste Unterstützung zu gewähren.“ Die Kollegen Arzdiener, Eißler, Rauch und Kriebel wendeten sich in längerer, die Gesamtlage der Leipziger Gehilfschaft streifenden Ausführungen gegen den Braunschen Antrag, welcher ungesetzlich und

unpraktisch erscheine; denn ohne bestimmte maßgebende Unterlagen dürften wir nicht Beschlüsse fassen und die Sache übers Knie brechen. Die Kollegen Braun, Dehne, Kreisbär, Schneider, Otto Lindenberg und Tanneberger wenden sich gegen den Vorstandsantrag und billigen auswärts wärmte den Braunschweig Antrag zur Annahme. Römisch rufte der Kollege Tanneberger durch die unerhört beleidigenden Ausdrücke (er bezeichnete den größten Teil der Versammlung als Prinzpalsschutztruppe und Vorstandsanhänger) einen wahren Entschlüssen hervor. Schließlich wird die Resolution des Vorstandes mit großer Mehrheit angenommen. Zum zweiten Punkt, „Antrag des Kollegen Geyh, Zurücknahme seines Ausschusses betreffend“, bemerkte der Vorsitzende, daß der Kollege Geyh sich nach seinem erfolgten Ausschluß an den Vorstand des Verbandes gewendet und bei demselben um seine Wiederaufnahme in den Verband nachgesucht, indem er ausstieß bedauerte, seinezeit bei Hilsfeld eine längere Kündigungsfrist eingegangen zu sein und das Versprechen abgegeben habe, eine derartige Kündigungsfrist nie wieder einzugehen. Der Vorstand stellte sich auf den Standpunkt, daß dem befragten Kollegen wieder die Thore des Vereines zu öffnen seien, da man seinen Worten Glauben schenken und als reuigen Kollegen wieder zur Aufnahme empfehlen könne. An der äußerst regen Debatte, welche sich jetzt entspinnt, sprechen die Kollegen Kietel, H. Lindenberg und Neuh für Wiederaufnahme des Kollegen Geyh, die Kollegen Kränkel, Dehne, Tanneberger, Hippe, Weber, Richter und Singer dagegen. Der Kollege Geyh wird mit geringer Mehrheit als Vereinsmitglied anerkannt und in seine alten Rechte wieder eingesetzt. — Zum dritten Punkte berichtet Kollege Schlegel über den Stand der Schriftleiterbewegung in Leipzig und schlägt vor, der Kommission der Schriftleitergehilfen, welche den Tarif ausgearbeitet und die Unterhandlungen mit den Prinzipalen geführt, eine Remuneration von 120 M. zu gewähren. Der Antrag des Vorstandes wird einstimmig angenommen. — Unterem vierten Punkte: Tarifliches, bringt der Vorsitzende zur Kenntnisnahme, daß in nächster Zeit seitens des Vereines eine Statistik über die Gehälter, Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufgenommen werde. Er ersucht, die Ausfüllung der Fragebogen schnell und genau vorzunehmen. Da sich die Versammlung schon bedeutend gelichtet hatte, wurde von einem Beschlusse über die Statistik abgesehen. Der Kollege Max Fichtner erklärte dann noch, daß seine in dem gegenwärtigen Blatte B.-B. abgedruckte Urteilschrift ungültig sei. — Zum Schluß meines Berichtes sei es mir gestattet, eine Anfrage zu beantworten, welche ziemlich am Schluß der Versammlung eingereicht wurde. Diese Anfrage lautet: „Beinhaltet sich unter den drei vom Vorstand bestrafte Patienten auch der Kollege May?“ X. Z. Diese allerdings äußerst „beleidigende“ Anfrage hätte der neugierige Kollege nur ruhig persönlich stellen können, ich wäre ihm die Antwort nicht schuldig geblieben. Bemerkte ich fürs erste, daß der Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes stets einen Zeitraum von vier bis fünf Wochen umfaßt. Ich bin aber vor vier Monaten Patient gewesen und als solcher seitens des Vorstandes niemals bestraft worden. Zu einem solchen Vorgehen seitens des Gesamtverbandes gegen mich habe ich noch keine Veranlassung gegeben. Otto May.

**Mainz.** Am 25. Oktober fand im „Schwarzen Bären“ eine allgemeine Buchdrucker-Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: Auffstellung von Kandidaten zum Schiedsgerichte, Fortbestand oder Auflösung der örtlichen Tarifkommission, Besprechung über Erhebung von Beiträgen zu den Kosten des Tarifschiedsgerichts. Die Versammlung war von sechzig Kollegen besucht, darunter auch einige Gutenbergbändler, und wählte vor Eintritt in die Tagesordnung ein Bureau, in welches die Kollegen Schaffrath, Sinz und Bech durch Zufall bestimmt wurden. Der Vorsitzende Sinz eröffnete die Versammlung mit einem Hinweis auf die günstigen tariflichen Verhältnisse im Bezirk Mainz. Der erste Punkt rief eine sehr lange Debatte hervor, in welcher im Verlaufe folgende Kollegen für das Schiedsgericht vorgeschlagen wurden: Benie, Horn, Brüdner, Jordan, J. H. Jung, Spel, Bech und Bohmann (letzterer vom Gutenbergbund). Dieselben werden den Kollegen im Bezirk unterbreitet und sind zwei Schiedsrichter und zwei Stellvertreter per Urabstimmung zu wählen. Bei Punkt zwei wurde beschlossen, daß die örtliche Tarifkommission fortbestehen und auf neun Personen erhöht werden soll; in dieselbe wurden drei Kollegen neu gewählt. Zum dritten Punkte fragte der Vorsitzende die anwesenden Gutenbergbändler, wie es bei denselben mit den Beiträgen zu den Kosten des Tarifschiedsgerichts stehe, denn dieselben sollten einmal bewiesen, daß sie nicht immer ernten, sondern auch einmal säen wollten und zwar durch Bezahlung von Beiträgen zu den Kosten des Tarifschiedsgerichts. Der Vorsitzende des Gutenbergbundes teilte mit, daß dieselben durch die Kasse des Gutenbergbundes in Berlin geregelt würden. Man gab sich mit dieser Erklärung zufrieden zu sein und will abwarten, ob es geschieht.

**Stuttgart.** 28. Oktober. In der allgemeinen Buchdrucker-Versammlung vom 11. Oktober erstattete Kollege Knie eingehenden Bericht über die Schlussverhandlungen des Tarif-Ausschusses vom 24. bis 27. September, dessen Wiedergabe wohl durch das verlässliche Protokoll sich erübrigt. Nach Beantwortung einiger Anfragen durch den Referenten wurde in die Diskussion eingetreten, wobei ein Redner einleitend bemerkte, daß er nur deshalb zu

dieser Sache spreche, damit man nicht sagen könne, die Stuttgarter hätten diesen Galimatias gleichgültig angenommen. Vorerst fand er es bedauerlich, daß sich der Gehilfenvertreter vor seiner Teilnahme an den Verhandlungen nicht an die Mitgliedschaft um Informationen gewandt habe. Die Tarifabmachungen anlangend, so seien die Schiedsgerichte wertlos, weil sie keine Garantie für die Gehilfen, wohl aber für die Prinzipale bilden, die es in der Hand haben, sich der Klägers durch Entlassung zu entledigen. Die Arbeitsnachweise seien gekennzeichnet durch die Bemerkung: Gleichheit Aller! Damit sei der Verband an die Wand gedrückt. Wie es mit der Kontrolle derselben bestellt sein werde, könne man sich nach dem Beispiele Leipzigs ausmalen. Die Anstellung eines Beamten sei ein Krebsgeschwür; derselbe werde im Interesse der Prinzipale arbeiten, weil er von ihnen abhängig sei; schon das Eigeninteresse werde ihn dazu drängen. Ohne Beitrag der Prinzipale zu den Kosten der Einführung des Tarifs aber sei die ganze Tarifgemeinschaft wertlos. Im weiteren Verlaufe seiner Rede vom Kollege Hildenbrand auf das Protokoll der Generalversammlung in Halle zu sprechen und verlas aus demselben je eine von den Kollegen Bojusz und Schröder gethane Äußerung. Er müsse dies in der allgemeinen Versammlung vorbringen, weil er durch diese Äußerungen vor der weitesten Öffentlichkeit angegriffen worden sei, ohne daß er sich verteidigen konnte. Die Worte von Schröder müsse er als Unwahrheit bezeichnen und werde er sich mit demselben, aber er (wegen Krankheit) nicht anwesend sei, persönlich auseinandersetzen, diejenigen von Bojusz aber als ein unanständiges Vorgehen, worüber er von demselben eine Erklärung verlange. Seine damalige Stellungnahme sei durch die ungenaue Vertäglichkeit veranlaßt worden. Kollege Knie wies darauf hin, daß es ja viel leichter sei, etwas herunterzusetzen, als zu verteidigen. Von einem An- die-Wand-brücken des Verbandes könne wohl jetzt keine Rede sein, doch müßte es dazu kommen, wenn es durch die Beteiligung der Prinzipale an der Deduktion der Einführungs-kosten zur Gründung einer Tarifklasse käme, wozu gewiß kein Verbandsmittglied seine Zustimmung geben würde. Die Bestimmungen über die Arbeitsnachweise bedeuteten für uns einen Fortschritt, indem bei den bisherigen die Verbandsmitglieder gar nicht in Betracht kamen. Daß aber eine einseitige Handhabung derselben nicht Platz greife, dafür sei die Kontrolle geschaffen. Betreffs der Schiedsgerichte sei darauf hinzuweisen, daß sich dieselben nur mit Streitigkeiten über Auslegung des Tarifs zu befassen haben, Lohnstreitigkeiten nach wie vor den Gewerbegerichten zuzufallen. Uebrigens sei auch bei den Urteilen der Gewerbegerichte die befürchtete Erscheinung hin und wieder zu Tage getreten. Was das Mißtrauen in die Charakterfestigkeit des anzustellenden Tarifbeamten betreffe, so ließe sich freilich keine Garantie geben, aber man dürfe doch nicht so weit gehen, das Vertrauen der Kollegen untereinander vollständig zu untergraben. Gegen den Vorwurf ungenauer Vertäglichkeit müsse er sich wiederholt entschuldigen veranlassen. Er habe nach bestem Wissen und so klar als möglich über alle Wortkommnisse und Beschlüsse bei den Verhandlungen berichtet; einer Unerlässungsünde gegen die Kollegen sei er sich nicht bewußt. — Ein weiterer Redner erwiderte in den Tarifabmachungen, trotz aller Angriffe gegen dieselben, einen Fortschritt, in den Arbeitsnachweisen keine Gefahr, so lange dieselben wirklich für die Allgemeinheit wirken, und läßt die Schiedsgerichte für geeignet, für die Auslegung des Tarifs vorteilhaft sich zu betätigen, event. sogar den Gewerbegerichten vorzuarbeiten, während ein anderer Redner die ganze Tarifgemeinschaft mit Anhängeln für wertlos hielt. — Kollege Bojusz erklärte, daß, nachdem die Generalversammlung den Tarif angenommen, für die Gehilfenvertreter die Richtung ihres Handelns vorgeschrieben war. Auf die Angriffe von Kollegen Hildenbrand übergehend, bemerkte er, wenn seine Worte als unanständiges Vorgehen bezeichnet würden, so möchte er wohl wissen, als was die Auslassungen der Schwab. Tagwacht gegen die gewählten Vertreter zu bezeichnen seien. Um einen Angriff gegen den Kollegen Hildenbrand handle es sich gar nicht. Als auf der Generalversammlung zur Sprache kam, welche Verwirrung Redakteur Gash durch sein Vorgehen anrichtet, habe er sich nicht enthalten können, als Beispiel lediglich die Thatsache anzuführen, daß Kollege Hildenbrand nach Entgegennahme des ersten Berichtes in einer Resolution seiner Zustimmung zu den Vereinbarungen dadurch Ausdruck verlieh, daß er den Vertretern den Dank aussprach, und wie derselbe erst durch das Vorgehen Gashes auf einen entgegengesetzten Standpunkt sich zu stellen veranlaßt wurde. Da dies aber bei einem so gut orientierten Kollegen wie Hildenbrand möglich gewesen, lasse sich ahnen, welche Verwirrung bei den weniger gut unterrichteten Kollegen angerichtet worden sei. — Der nächste Redner mahnte zur Einigkeit. Man solle doch die Tarifgemeinschaft nicht geradezu für alles verantwortlich machen, was den Kollegen nicht passe. Aufhören aber müßten die persönlichen Angriffe, welchen unser Vertreter seit längerer Zeit ausgesetzt sei; dieselben seien nicht mehr schön. Die Opposition, wie sie in letzter Zeit sich gegeben, wirke wenn auch wider Willen schädigend, und doch hätten wir alle Ursache, fest zusammen zu halten. — Der letzte Redner wandte sich gegen die Angriffe auf die zu Vereinsfunktionen berufenen Kollegen. Man möge sich doch endlich damit eine gewisse Beschränkung auferlegen und nicht bei jeder Gelegenheit an ihnen herum-

nörgeln, wenn dem einen oder anderen etwas nicht nach seinem Kopfe gegangen ist. Werde denselben dadurch die Lust zur Thätigkeit genommen, so habe die Gesamtheit den Schaden davon. — Der letzte Punkt der Tagesordnung: Auffstellung von Kandidaten für das Schiedsgericht, wurde hierauf durch Annahme des folgenden Antrages erledigt: Die heutige allgemeine Buchdrucker-Versammlung überträgt die Auffstellung von Kandidaten für das Schiedsgericht der nächsten Versammlung der Mitgliedschaft Stuttgart.

## Kundschau.

### Buchdruckeri und Verwandtes.

**Tarifanerkennungen.** Durch Herausgabe des Verzeichnisses der tarifanerkennenden Firmen vom letzten des Tarif-Amtes ist ersichtlich, daß noch bei keiner Tarifbewegung die Zahl der den Tarif unterzeichneten und damit für sich bindend anerkennenden Firmen eine gleich große gewesen wäre. Diese Thatsache erleidet aber eine Einbuße dadurch, daß wohl einzelne Firmen ihre Uraterschrift gegeben haben, aber den Tarif ihren Gehilfen nicht bezahlten. Ebenso — und damit wird das Gleichgewicht wieder hergestellt — bezahlt eine ganze Anzahl Firmen den Tarif, ohne sich jedoch zu einer unterchriftlichen Anerkennung desselben zu bequemen. Wie dies früher ja auch schon so gewesen ist. Wenn nun jetzt in einzelnen sozialdemokratischen Blättern von einem Schwundel des Tarif-Amtes die Rede ist, womit die „Segnungen“ des Tarifs den Gehilfen ad oculos demonstrieren werden sollten, so muß dies auf das Althergebrachte zurückgewiesen werden. Schon die Gehilfenvertreter hatten bei der letzten Tarif-Ausschuss-Sitzung in Berlin darauf hingewiesen, daß unter den Firmen, welche den Tarif schriftlich anerkannt, auch solche seien, die außer dieser Anerkennung weiter nichts für denselben gethan hatten. Der Tarif-Ausschuss beschloß hierauf, daß die Kreisvertreter bei diesen Firmen vorstellig werden sollten, um sie auch zur Bezahlung des Tarifs zu veranlassen. Diejenigen Firmen nun, welche sich weigerten oder noch weigern, auch nach dieser Seite hin ihre Artreue darzutun, werden von dem Verzeichnisse wieder gestrichen, wie dies bereits verschiedentlich geschehen ist. Daß allenthalben hierüber mit den Prinzipalen solcher Druckerereien noch Verhandlungen schweben, müssen die betreffenden Buchdrucker-Redakteure wissen, oder sie haben sich einer leidfertigen Bericht-erstattung schuldig gemacht. Andererseits müssen diejenigen Kollegen, welche in Druckerereien arbeiten, die den Tarif unterchriftlich anerkannt haben, mit aller Energie auf die Bezahlung desselben drängen, im Falle sich die Intervention der Kreisvertreter als vergeblich erweisen hat. Ueber ein event. Vorgehen haben sie sich mit dem betr. Gehilfenvertreter zu verständigen. In diesem Falle ist es nicht mit dem Schwöpfen, sondern mit dem Handeln gethan.

Der von seinem Obmannsposten freiwillig zurückgetretene Kollege Schlegel in Wien, dessen sachliche und eindrucksvolle Rede in Halle wohl allen Delegierten noch in Erinnerung ist, war bereits mehrere Male in einem unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinenden Buchdruckerorgan in der insafinischen Weise beschimpft worden. Unser österreichisches Bruderorgan, der Vorwärts, fertigt den „Ritter ohne Furcht und Tadel“ nun gebührend ab, indem er schreibt: „In welcher schändlicher und neutraler Weise die Buchdr. Wacht über österreichische Wortkommnisse berichtet, zeigt sich in folgender die Demission unseres Kollegen Schlegel betreffenden Notiz: Die österreichischen Kollegen werden den Vater ihrer Tarifgemeinschaft los. Herr Schlegel verläßt das Feld seiner Wirksamkeit und macht einem Nachfolger Platz, der zweifelsohne einen hellern Kopf mitbringen wird. Es scheint, als entlebigen sich auch die Oesterreicher allmählich ihrer Harmonieübler.“ — Wenn Gash wenigstens die Hälfte jenes geistigen Fundus besäße, über welchen Kollege Schlegel unstrittig verfügt, so würde in ihm vielleicht eine dunkle Ahnung aufblühen über die Größe der Blamage, die er sich durch die ältliche Notiz zuzieht. Kollege Schlegel ist eben in allen Ehren freiwillig zurückgetreten und nicht schimpflich kastriert worden wie Gash. Deshalb natürlich der Reich. Uebrigens hatten die Oesterreicher bisher keine Ursache, die Tarifgemeinschaft als drückende Fessel zu empfinden oder ihren Vertretern Harmonieübler vorzuwerfen.“

Der internationale Buchdrucker-Sekretär, Kollege Friedr. Siebenmann in Bern, hat sein Amt am 1. November angetreten. Alle Postsendungen, Anfragen usw. sind an die Adresse Fr. Siebenmann in Bern, Internationales Buchdruckersekretariat, zu adressieren.

### Witze und Anekdoten.

Die Fränkische Tagespost feierte am 28. Oktober ihr fünfzigjähriges Bestehen. Am genannten Tage des Jahres 1871 erschien in Nürnberg die erste Nummer des fürchter demokratischen Wochenblattes, des Vorläufers der Tagespost. Am 1. Januar 1874 nahm dasselbe, nachdem es an die sozialdemokratische Gesamtpartei übergegangen, den Titel Sozialdemokratisches Wochenblatt an und erschien vom 1. April ab zweimal, nach einem weiteren Halbjahr unter dem Titel Nürnberg-Fränkischer Sozialdemokrat dreimal wöchentlich, vom 1. Oktober 1877 ab täglich. Das Sozialistengeheiß hatte schon vor seinem Intrastritten eine Fabrikation von etwa 3000 Abonnenten zur Folge und schließlich auch eine Firmen- und Eigentumsänderung. Unter dem Titel Fränkische Tagespost übernahm das Blatt Grillenberger auf eigene Rechnung und Gefahr und legte dasselbe unter dem

schwierigsten Verhältnissen fort, bis es an die Firma W. Breiten & Co. überging, der Grillenberger bis zum 1. Januar 1895 angehörte. Im Januar 1879 wurde die Fürther Bürgerzeitung als Vorkausgabe der Tagespost herausgegeben, welcher Umstand, verbunden mit der allmählichen Zunahme der Abonnenten in Nürnberg, es ermöglichte, in den Jahren 1881, 1884 und 1895 eine Vergrößerung des Blattes vorzunehmen. Das über die Entwicklung des Blattes. Was die „Erfahrungen“ desselben betrifft, so blieben natürlich auch ihm die mannigfaltigsten Anfechtungen nicht erspart, von denen nur erwähnt sein mag, daß bereits Ende der achtziger Jahre die hundertste Hausnummer in die Chronik eingetragen werden konnte.

Gerurteilt wurde der Redakteur der Volksstimme in Burglüt zu 3 Monaten Gefängnis wegen Verleumdung eines Amtsrichters und zu 100 Mk. wegen Vergehens gegen § 184 des Strafgesetzbuches (Verbreitung unzüchtiger Schriften) — Redakteur Bogens vom Altm. Wähler wegen Verleumdung der Polizei zu 2 Monaten Gefängnis. Im ganzen sind es nun 4 Monate und 3 Wochen Gefängnis, die B. zu verbüßen hat, aber drei Prozesse schweben noch. — Dem Redakteur der Rhein. Zeitung waren 4 Monate Gefängnis zugedacht wegen Beschimpfung der evangelischen Kirche, er wurde aber freigesprochen. Eine neue Art von Beschlagnahme fand in Halle statt, man nahm nämlich sämtliche Manuskripte des verantwortlichen Redakteurs in Beschlag. Da sich darunter auch die für die laufende Nummer bestimmten befanden, so wäre das — diese Exekution alljährlich vorausgesetzt — die einfachste Methode, das Erscheinen eines Blattes unmöglich zu machen.

Zum hundertsten Geburtstag Platens wurde an dem Schause Nr. 24 an der Müller- und Thelaststraße zu München, in welchem der Dichter in den Jahren 1832 bis 1834 wohnte und von wo aus er am 26. April 1834 seine letzte Reise nach Italien antrat, eine Gedenktafel enthüllt, welche der Magistrat Münchens dem Dichter gewidmet hat.

#### Österreichisches Leben, Sozialreform, Volkswirtschaft.

Dem österreichischen Abgeordnetenhaus ist eine neue Vorlage über die Gewerbegerichte zugegangen, die mandierliche Verbesserungen enthält. Die Vorlage entzieht die Lohnstreitigkeiten den politischen Behörden und überweist diese an die Bezirks- resp. Gewerbegerichte, wo solche bestehen. Ferner ist die Kompetenz der letzteren auf die Eisenbahn- und Dampfschiff-Unternehmungen, sowie auf die sämmtlichen Tabakfabriken und Salinen ausgedehnt. Auch für alle kaufmännischen Angelegenheiten sind die Gewerbegerichte zuständig.

Der Gemeinderat in Brüssel nahm mit 21 gegen 17 Stimmen das Prinzip des Minimallohnes für Gemeinbedienten an.

Mit den Chinesen will man auch in Australien nichts zu thun haben. Einem direkten Einwanderungsverbot wurde zwar noch nicht nahe getreten, aber die Einwanderung nach und nach mit Erfolg beschränkt. So darf ein in Neuwales ankommenes Schiff nur einen chinesischen Passagier an Bord haben aus 300 Tons Wasserdrängung und außerdem hat jeder chinesische Einwanderer eine Kopfsteuer von 100 Pf. St. bei der Landung zu erlegen. Im Bergbau dürfen sie nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Ministers für Bergbau beschäftigt werden. Das Bürgerrecht ist ihnen jedenfalls vorzuenthalten. Die Einwanderung hat infolgedessen fast gänzlich aufgehört, jedoch strebt man dahin, auch die übrigen Kolonien fern zu halten, besonders ist es dabei auf die Japaner abgesehen. Im Jahr 1861 gab es in Neuwales 12988 Chinesen, 1871 fiel die Zahl auf 7220, stieg aber dann auf 10205 in 1881 und auf 15445 in 1888. Von da ab bewegte sich die Zahl infolge der Antichinesengesetze in absteigender Linie.

#### Verweise, Stellen usw.

Zur Nichtigstellung. Der von uns in Nr. 127 abgedruckte Brief des Formers Th. Schwarz, welcher den Deutschen Metallarbeiterverband und deren Leitung aufs Schärfste verurteilt, wird in seinen wesentlichsten Punkten von diesem widerlegt. Aus dem hierfür vorliegenden Material ist ersichtlich, daß die in dem betreffenden Briefe gegen den Metallarbeiterverband gerichteten Angriffe als unbegründet zu erachten sind.

Welchen Wert die sogenannten Kampfvereine, die teils aus prinzipiellen Gründen, teils aus Sparsamkeitsrücksichten sich von dem „Kassenballast“ befreien, in der Wirklichkeit haben, davon gibt die Bewegung der Konfektionsarbeiter einen recht deutlichen Beweis. Nach dem Reichenschafter-Berichte des Vorstandes des Deutschen Schneider- und Schneiderinnenverbandes für das zweite Quartal 1896 umfaßt die Organisation gegenwärtig 11800 Personen. In den drei Monaten nach dem Streik verlor sie 5600 Mitglieder, 1100 männliche und 4500 weibliche. In Berlin haben von den im Anfang des Jahres dem Verbande zugeführten weiblichen Mitgliedern sofort nach dem Ende der Bewegung 4000 der Organisation den Rücken gekehrt; ähnlich liegen die Verhältnisse in den Konfektionsorten Breslau, Erfurt und Hamburg. „Das Vorgehen der Konfektionäre hat nicht vermocht,“ sagt der Vorstand bei der Kritik dieser Fabrikflucht, „den Arbeiterinnen die Augen zu öffnen.“ In Berlin sind zur Zeit 700 männliche und 2500 weibliche Personen aus der Konfektion organisiert. Die Erringung von besseren Arbeitsbedingungen ist verhältnismäßig leicht, es gehört hierzu nur etwas Organisationsstalent, verbunden mit ge-

schickter Ausnutzung der Gestaltung des Arbeitsmarktes. Desto schwerer ist die Aufrechterhaltung des Ertragens, wenn nicht Mittel vorhanden sind, den Zusammenhalt der Arbeiter zu konsolidieren, um Abfallgefühlen der Unternehmener mit derselben Entschiedenheit entgegenzutreten zu können, wie sie bei dem Kampfe selbst entwickelt wurde. Vielleicht öffnen Thatsachen wie die oben erwähnten auch der Opposition in Buchdruckerkreisen die Augen. Theoretisch könnte man ihr wohl in gewissem Sinne zustimmen, vorwärts wollen wir ja alle kommen, aber die entgegenstehenden Hindernisse sind nicht mit schön klingenden theoretischen Sätzen zu beseitigen, da muß die Praxis nachhelfen. Und hierbei ergibt sich sehr oft, daß das was in der Theorie durchaus fortschrittlich, zielbewußt erscheint, in der Praxis in das Gegenteil umschlägt, weil es hinderniß, zerstörend wirkt. Der Waisheit letzter Schluß einer derartigen Opposition ist daher in der Regel: Befestigung des Vorhandenen und Aufbau einer neuen Organisation, zu welcher letzterer es aber aus naheliegenden Gründen nicht kommt. Es ist also in jedem Falle besser, wenn die Gewerbetreibenden sich in rein praktischer Richtung entwickeln, statt sich eine bloß ideale Organisation aufzubauen, mit der sie unter den heutigen Verhältnissen doch nichts anzufangen wissen.

Der Amtsvorsteher in Semlin (Wahlkreis Brandenburg-Westbaltand) genehmigte die Abhaltung einer Versammlung in einer Scheune nur unter der Bedingung, daß von außen nichts zu hören sei und stellte sich vor der geschlossenen Scheune auf, um zu horden. Der Redner sprach zwar leise, getriebe aber doch im Laufe der Rede etwas in die Höhe. Da ließ der Amtsvorsteher dem überwachenden Gendarmen die Weisung zugehen: Leiser reden! Und es wurde leiser geredet, so daß der Amtsvorsteher nichts mehr hörte. Und so konnte die Versammlung in der halbdunkeln Scheune ihren ungeführten Fortgang nehmen. — Der Landrat von Niederbarnim hat für öffentliche Versammlungen ohne weiteres die Polizeistunde auf 10 Uhr festgesetzt. Da sich diesem Gebot eine Versammlung in Weissensee nicht fügen wollte, wurde sie aufgelöst.

Das von den Sozialdemokraten im Kreise Rathbor beschaffte transportable Leitwanne hat die Aufmerksamkeit des Landratsamtes auf sich gelenkt. Das Leit wurde bekanntlich in Ermangelung von geeigneten Lokalen zu Versammlungen benutzt. Das genannte Amt hat diesem Letzteren den Krieg erklärt: es macht die Polizeibehörden auf eine Verordnung von 1889 aufmerksam, nach welcher u. a. Versammlungsräume gewissen Bedingungen entsprechen müssen. Daraufhin wurde in Blau eine Leitversammlung wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verboten.

#### Arbeiterbewegung.

Der § 153 der Gewerbeordnung brachte einem Schaffler in München 3 Tage Gefängnis; er hatte einige Streikbrecher als „schöne Kerle“ angeredet und gemeint, es werde ihnen nicht gut gehen, wenn sie die Arbeit nicht wieder niederlegten. Zwei andere Schaffler gingen frei aus, da sie die ihnen zur Last gelegten Aeußerungen gar nicht gethan hatten. Die Anklage wollte sie wenigstens, nachdem es mit der Berufserklärung nichts war, wegen groben Unfugs bestrafen lassen, aber da sie auch solchen nicht verbißt, so zahlt die Staatskasse die Kosten, auch die des Verteidigers.

Zwei Maurer in Dresden sollten einen andern Maurer an der Gurgel gepackt und an die Wand geschleudert haben zu dem Zweck, ihn zum Eintritt in den Zentralverband der Maurer zu bewegen. Diese sonderbare Werbung war zwar an sich nicht recht glaubhaft, da sie aber mit dem Maurerstreik zusammenfiel, so wurden die beiden Werber wegen gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung, Nötigung und Vergehen gegen § 153 der G. O. angeklagt. Bei der Verhandlung stellte sich heraus, daß der Belastungszeuge ein Schnapsbruder war, der in seinem Dufel das Material zur Anklage zurechtgebaut hatte. Es erfolgte kostenloser Freispruch. — Ein Hutmacher in Berlin denunzierte fünf ausgesperrte Kollegen der Bedrohung und Nötigung. Der eine habe ihm zugerufen: Weist Du nicht nicht, daß gefreist wird? und dabei den Finger an die Kasse gehalten, die anderen ihn Streikbrecher genannt. Zwei der Angeklagten wurden freigesprochen, die übrigen haben je einen Tag Gefängnis zu verbüßen.

Beendet ist die Bewegung der Schuhmacher in Großsch. Der von den Unternehmern geplante Revers zur Verhütung aller Streiks (i. Nr. 123) hatte, wie schon bemerkt, den Fehler, daß zu solchen Abmachungen zwei gehören. Da die Arbeiter nicht darauf hineinfließen, so blieb der Revers ein unbefruchteter Blatt und die Aussperrung unterblieb im Geschäftsinteresse. Zugleich wurde nebrbei ein neuer Lohnrat vereinbart. Der Maurerstreik in Stettin ist beendet, es sind nur noch zehn Mann im Auslande. Desgleichen der der italienischen Erdarbeiter in Gabelsberg; die Forderungen wurden bewilligt. Auch die Lohnhöhen der Schuhfabrik von Eichbaum & Co. in Mainz sollen beigelegt sein. Die Ausstände der Formner und Glaser-Arbeiter und der Glaser in Berlin sind als beendet erklärt worden. Der Ausstand in der Zuteilspinnerei in Floridsdorf bei Wien endete mit einer Niederlage. Die Arbeit wurde bedingungslos aufgenommen, etwa 100 Arbeiter resp. Arbeiterinnen gemahzelt.

In Berlin sind sämtliche in Ringdruckereien beschäftigten Lithographen, Steinrunder und Berufsgeoffen-

ausständig, in Magdeburg sämtliche Arbeiter am Bau der reformierten Kirche; letztere wegen in der Regel verspäteter Lohnauszahlung.

#### Schorben.

In Berlin am 28. Oktober Dr. Otto Loewenstein, Besitzer der Firmen Karl Heymanns Verlag und Buchdruckerei Julius Sittenfeld.

In Hamburg am 14. Oktober der Buchdruckereibesitzer H. D. M. v. Döhren, 75 Jahre alt.

#### Briefkasten.

B. in Magdeburg: Karte kam zu spät. Es war deshalb die fragliche Stelle im Berichte gestrichen worden. Der Corr. wird doch zwei Tage vor seiner Ausgabe fertig gestellt. — A. in Butars: Wenn Sie sich unter dem 26. d. M. beschweren, daß wir Ihren Artikel nicht aufgenommen haben, so müssen Sie schon die Freundlichkeit haben, in Nr. 119 vom 10. Oktober nachzusehen, wo Sie ihn auf drei Spalten breit und behäbig ausgegossen finden. — M. Kl. in Freiburg: Sie wollen sich zu diesem Zweck an Herrn Jos. Selig, München, Lindwurmstraße 24, wenden. — Ratze: Man muß doch immer das Beste annehmen. Vergißt sich dies anders, dann bedauern wir es, eine Schuld trifft uns jedoch nicht. — Spandau: Das ist von dem Menschen doch ein starkes Stück. Sie brauchen nicht zu befürchten, daß auch nur eine Zeile weiter von ihm zum Abdruck kommt. Nur hätte die Aufklärung bereits früher erfolgen sollen. — C. G. in Hirschberg: 3. — M. — K. H. in Charlottenburg: 2,75 Mk. — C. in Ermitage: 90 Pf. Wird wohl nicht gut gehen. Besten Gruß!

#### Verbandsnachrichten.

Mecklenburg-Vorpommern. Abrechnung pro 3. Quartal 1896. Verbandskassen: Einnahme (einschließlich) 1031,42 (Mk. Vorjahr) 4255,92 Mk., Ausgabe 4017,40 Mk., zurückbehaltener Ueberfluß 238,52 Mk. — Gaukasse: Einnahme (einschließlich) 1271,01 Mk., Bestand am 31. d. Q. 317,92 Mk., Bestand am Schluß des 3. Quartals 1896: 1315,40 Mk. — An Reiseunterstützung wurden verausgabt 1839,25 Mk., Arbeitslosenunterstützung 353 Mk., Unterstützung an vorübergehend Arbeitsunfähige 1421,24 Mk., dauernd Arbeitsunfähige 99 Mk., Begräbnisgeld 200 Mk., Agitation 29,50 Mk., sonstige Ausgaben 11 Mk. — Aus der Zentral-Invaldenkasse wurden 9 Invaliden mit 826 Mk. unterstützt. — Bewegungstatistik: Mitgliederstand Ende des 2. Quartals 1896: 243, neu eingetretene 5, wieder eingetretene 1, zugereist 35, vom Militär 1, zusammen 28 Mitglieder. Abgereist 37, zum Militär 1, ausgeschlossen 3, invalid geworden 1, gestorben 1. Mitgliederstand Ende des 3. Quartals 242.

Bau Nordwest. (Wahl des Gauvorsitzenden.) Es ergielten Stimmen: Hofmann 176, Kühnast 143, Kochanski 4, Fr. Brinmann 1, Feinsie 1, Omsers 1. Ungültig 2, weiß 8 Stimmen. Ersterer ist also mit einer absoluten Mehrheit von 26 Stimmen gewählt.

Bezirk Deutchen (D. S. Schl.) Für die Druckorte Deutchen und Kattwig ist ein Vorkaufschlag von 2 1/2 Proz. festgesetzt und beträgt sonach das tarifmäßige Minimum an diesen Orten 21,50 Mk. Bei Konditionsannahme ist hierauf Rücksicht zu nehmen.

Der Seher Oskar Krüger, welcher ohne Anmeldung von Gleiwitz abreiste und sich angeblich in Breslau in Stellung befindet, wird aufgefordert, seinen Berufspflichten nachzukommen.

Bezirk Dortmund. Die dritte diesjährige Bezirksversammlung findet am 8. November nachmittags in Hamm im Restaurant Gorges, Sidenhof, statt. Anträge sind umgehend zu richten an Franz Seligmann, Dortmund, Steinstraße 10. Die Tagesordnung geht den Mitgliedern per Zirkular zu.

Bezirk Köln. Sonntag den 8. November findet hier eine Bezirksversammlung statt, zu welcher alle Mitglieder dringend eingeladen sind. Tagesordnung und Versammlungslokal werden den Mitgliedern durch Zirkular bekannt gemacht. (Nichtmitglieder sind willkommen.)

Barmen. Die Buchdruckerei und mechanische Papierwarenfabrik von Ferd. Schlabach & Co. ist wegen Mangelregelung des dortigen Vertrauensmannes für Verbandsmitglieder geschlossen. Zuwiderhandelnde haben unannehmlichlich Ausschluss zu gewärtigen.

Barel (Widenburg). Hier sind Tarifforderungen ausgeschrieben.

Hugrore. Vom 1. November ab ist die Adresse des Vorsitzenden Otto Hennemeyer, Hühnerstraße 8.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwanderungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an bei beigefügter Adresse zu senden):

In Arnsherg der Seher Ludwig Riehm, geb. in Schmalfelden i. Lh. 1872, ausgel. das. 1889; war noch nicht Mitglied. — P. Dellner in Hagen i. W., Buchhändlerstraße 26, III.

In Augsburg der Seher Math. Hörmann, geb. in Fürstfeld-Bud 1870, ausgel. das. 1883; war noch nicht Mitglied. — M. Hauschild, Klaustraße 13.

In Bredstedt der Seher Friedrich Joseph Kay, geb. in Hermannsthal (Siebenbürgen) 1870, ausgel. das. 1887;

